DER HAUPTSTADTBRIEF

105. Ausgabe INFORMATIONS- UND HINTERGRUND-DIENST AUS BERLIN 13. Jahr 5 Euro

Unser Euro wird zehn

Und die Freude hält sich doch sehr in Grenzen. Am 1. Januar 2012 wird es den Euro ein Jahrzehnt als Bargeld geben. Drei Wochen vor diesem Jubiläum, am 8./9. Dezember 2011, tagte in Brüssel der 14. Euro-Krisengipfel in Folge. Wird es der letzte gewesen sein?

Selbst in der Weihnachtszeit ringen Befürworter unbegrenzter Rettungsschirme und Skeptiker ausufernder Staatsverschuldung um Lösungen. Mehr oder weniger Europa? Hier gehen die Ansichten weit auseinander. Lesen Sie unsere anregenden Stellungnahmen zu einer wichtigen Diskussion.

Kommentare zum 14. Euro-Krisengipfel S. 4 und S. 18

Hört auf mit dem Gerede von der Alternativlosigkeit! S. 8

Und wieder diese Sehnsucht nach der Wunderwaffe S. 20

Es ist die Wirtschaft, Dummkopf! S. 22

Der Bürger sieht im Moment nur heraufziehendes Chaos S. 34

DER HAUPTSTADTBRIEF 105

3 Editorial
Detlef Prinz: Verlegerworte zum Jahreswechsel

4 Die fremde Feder:
Roland Tichy: Der Weg zu einer neuen Normalität in Europa ist noch weit

6 Das Drama der permanenten Krisengipfel
Kleine Hilfe zur Entwirrung des großen Chaos'

8 Hört auf mit dem Gerede von der Alternativlosigkeit!
Martin Runge: Und es stimmt auch nicht, dass Deutschland vom Euro am meisten profitiert hat

18 Der Weg zum Gipfel – kein Canossagang
Brun-Hagen Hennerkes: Das Ausscheren Großbritanniens ist ein Fiasko

20 Die Hauptstadt-Redaktion
Claus Hulverscheidt: Und wieder diese Sehnsucht nach der Wunderwaffe

22 „It's the economy, stupid!"
Hans Magnus Enzensberger: Ausgerechnet auf dem Gebiet der Ökonomie versagt die EU

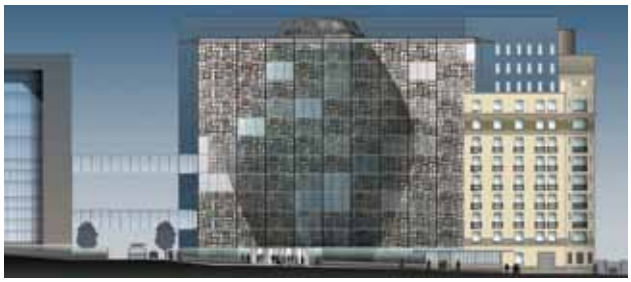
24 Impressum

25 Europa als Verfassungsproblem
Klaus von Dohnanyi: Einen europäischen Finanzminister brauchen wir nicht

26 Mehr Europa wagen
Philipp Bagus: Rückbesinnung auf Freiheit, Vielfalt, Eigenverantwortung und Wettbewerb

28 Welches Europa brauchen wir?
Hans Kremendahl: Eine Neuordnung für einen funktionierender Staatenbund täte gut

32 Das dicke Ei des Monsieur Rompuy
Wir müssen sparen – die EU baut einen Palast



34 „Der Bürger sieht im Moment nur heraufziehendes Chaos"
Roland Berger: Vorschläge zur Behebung der Euro-Krise

38 „Full employment in a free society"
Dieter Spethmann: Vollbeschäftigung als höchstes Ziel, das eine freie Gesellschaft anstreben kann

41 Wenn die Verfassungshüter die Parlamentarier vor sich selbst schützen
Zwei Abgeordnete gehen nach Karlsruhe

43 Die Volksparteien müssen Verantwortung übernehmen
Rafael Seligmann: Ratingagenturen haben den Glauben an immerwährende Staatsbonität verloren

46 Die drei Regierungsparteien bei 38 Prozent
Die neuesten forsa-Umfragewerte

47 Die beste Personalvermittlung der Welt
Gute Banker kommen in den Himmel – die von Goldman Sachs kommen überall hin

49 Auf Nummer Sicher gehen
Joachim Riecker: Berlins Regierender ändert alles, damit es beim Alten bleibt

52 Zwei befreundete Rivalen
Christian Ude und Peter Gauweiler präsentieren ein Lehrstück in politischer Kultur

53 Spendengala für einen guten Zweck
Der Krankheit ALS den Kampf ansagen

54 Chancenreiches Russland
Familienunternehmer veranstalten Deutsch-Russischen Wirtschaftsgipfel

56 Ein Bilderbuch des Berliner Lebens
Peter Funken: Die Malerei von Hans Baluschek im Bröhan-Museum

60 Ein Glas Wasser, bitte!
Irena Nalepa: Das Haus am Lützowplatz zeigt DAS NUMEN in Aktion

ANDREAS SCHOELZEL

Detlef Prinz
Verleger

Liebe Leserin, lieber Leser,

heute erhalten Sie die letzte Ausgabe in diesem turbulenten Jahr 2011. Ich hoffe, dass uns wieder ein breiter journalistischer Spannungsbogen an politischen Themen und Meinungsbeiträgen gelungen ist.

Auch in dieser Ausgabe beschäftigen wir uns mit der aktuellen Finanzkrise und deren Auswirkungen.

Politiker, Wissenschaftler, Unternehmer und Journalisten formulieren in diesem Heft ihren Standpunkt, und wir hoffen, dazu beitragen zu können, die komplexe Euro-Thematik mit verschieden akzentuierten Standortbestimmungen etwas transparenter zu machen.

Darüber hinaus wollen wir aber die Berlin-Politik und vor allem das künstlerische Leben in der Hauptstadt nicht unerwähnt lassen.

Die positive Reaktion auf die Formatumstellung unseres Hintergrunddienstes und die vielen Zuschriften und Anregungen zu unseren Schwerpunktheften bestärken uns, weiter in dieser Richtung zu arbeiten. Wie in den letzten Monaten ist DER HAUPTSTADTBRIEF wieder online verfügbar und steht Ihnen als digitale Version zur Verfügung.

Auch im kommenden Jahr 2012 wird Sie DER HAUPTSTADTBRIEF verlässlich durch Politik, Wirtschaft und Kultur begleiten.

Zum Schluss möchte ich es nicht versäumen, unseren treuen Lesern, den vielen neuen Abonnenten und unseren langjährigen Geschäftspartnern und Anzeigenkunden herzlich zu danken.

Ich wünsche Ihnen allen eine besinnliche Adventszeit, ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Ihr

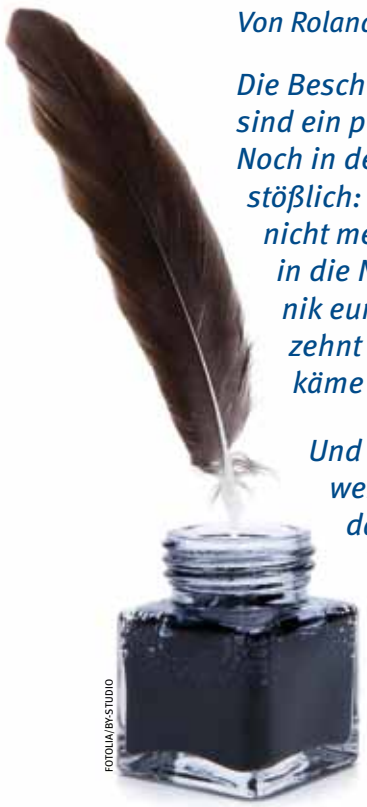
Detlef Prinz

WIRTSCHAFTSWOCHE

Roland Tichy ist Chefredakteur des Magazins Wirtschaftswoche. Der studierte Volkswirt war in den 1980-er Jahren Mitarbeiter im Planungsstab des Bundeskanzleramtes, bevor er als Bonner Korrespondent der Wirtschaftswoche in den Journalismus wechselte. 2008 erhielt er den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik.

Der Weg zu einer neuen Normalität in Europa ist noch weit

Von Roland Tichy



FOTOLIA/BY-STUDIO

Die fremde Feder

Die Beschlüsse des 14. und nur vorerst letzten Euro-Krisengipfels sind ein persönlicher Erfolg der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Noch in den Tagen davor galten ja folgende Lehrsätze als unumstößlich: erstens sei die deutsche Stabilitätsposition in Europa nicht mehrheitsfähig und zweitens, selbst wenn sich die Einsicht in die Notwendigkeit durchsetzen würde, die komplizierte Technik europäischer Vertragspolitik rechne eher mit einem Jahrzehnt der Rechtssetzung als kleinste Zeiteinheit. So viel Zeit aber käme der Vertagung bis zum Sank-Nimmerleinstag gleich.

Und nun also eine schnelle Einigung auf eine Schuldenbremse, weitgehend automatische Sanktionen für Defizitsünder und das Nein zu Eurobonds und anderen Fluchtwegen aus der Verantwortung. Das hilft, den Glauben daran wieder herzustellen, dass das komplizierte Konstrukt des sich irgendwie vereinigenden Europas handlungsfähig sein kann. Nun lassen sich viele Detailmängel erkennen – und letztlich ist die rechtliche Auswegs-Konstruktion zwischenstaatlicher Verträge ziemlich wackelig.

Manche sehen darin allenfalls eine unverbindliche Willenserklärung, die im Krisenfall jederzeit gebrochen werden kann. Das ist wohl auch so. Denn Nationalstaaten lassen sich nicht an die Paragraphenkette legen. Anders als es einem privatrechtlichen Schuldner möglich ist, hat ja gerade Deutschland unter der Regierung Schröder/Fischer/Eichel gezeigt, mit welcher Chuzpe das juristisch wasserdichte Defizitverbot der Maastricht-Verträge gebrochen werden kann: In der europäischen Politik gilt eben doch das Recht des Größeren, wenn's eng wird für eine Regierung. Vor allem aber – die historisch, politisch und institutionell ungleich gefestigteren Vereinigten Staaten von Amerika sind wegen der innenpolitischen Selbstblockade auch

nicht gerade ein Vorbild, wenn es darum geht, ihre ausufernde Staatsverschuldung, die tsunamiartige Geldschwemme der Zentralbank einzuhegen und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum anzustoßen.

Aber trotz dieser positiven Bewertung der Beschlüsse von Brüssel – die eigentliche Arbeit geht erst los. Denn die Staatsschulden sind ja allein mit einem Gipfelprotokoll oder dem Wort von Regierungschefs nicht getilgt. Haushaltssanierung ist ein schmerzhafter Prozess, der länger dauert als die Jubelfeiern über einen richtigen Grundsatzbeschluss. Und vor allem – eher von der Politik unbemerkt hat eine heimliche Desintegration des europäischen Währungsraums begonnen. In ihrem Furor, es den Banken mal richtig zu zeigen, hat die Politik – besonders auf Druck Deutschlands – offenkundige Fehler gemacht. Die erzwungene, nur unfreiwillig „freiwillig" genannte Beteiligung der Banken am Schuldenschnitt in Griechenland hat jede Staatsanleihe mit dem Aufdruck versehen: Dies ist ein Hoch-Risiko-Papier, dessen Wert sich nicht an ökonomischen Plausibilitäten sondern an politischen Mehrheiten orientiert.

Die Konsequenzen sind klar – die Flucht aus den Anleihen Spaniens und Italiens wurde damit erst in Gang gesetzt. Weil man gleichzeitig die Funktion der CDS-Papiere, also der Kreditversicherung, außer Kraft gesetzt hat, beschleunigte sich dieser Prozess. In Europa gibt es seither keine Versicherung gegen Staatsbankrott mehr. Die Konsequenz ist, was man verhindern will: Kapitalflucht und steigende Zinsen.

Weil gleichzeitig die nationalen Aufsichtsbehörden höhere Sicherheitspuffer von Banken und Versicherungsunternehmen verlangen, entsteht ein zweiter Teufelskreis: Die Kapitalmärkte renationalisieren sich. Das bedeutet, dass große transeuropäische Banken und Versicherungen innerhalb der jeweiligen Länder Verpflichtungen (etwa gegen Lebensversicherte) und Anlagen deckungsgleich ausbalancieren. Da gleichzeitig die Banken gezwungen sind, ihre Bilanzen zu verkürzen, frisches Kapital aufzunehmen und ihre Kreditvergabe einzuschränken, erhöht sich die Kapitalknappheit und zwingt die Staaten dazu, die Banken in dem Maße zu rekapitalisieren, in dem sie die Banken vorher „bestraft" haben.

Während also auf der politischen Ebene der Euro stabilisiert wird, trocknet der europäische Kapitalmarkt aus. Die extreme Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank leistet ein Übriges: Um noch Mindestrenditen für Sparer, Lebensversicherte und Riesterrentner zu erzielen, wird jede scheinbar rentable Anlageform sofort wahrgenommen. Damit wird knappes Kapital in neue Blasen fehlgeleitet – staatlich gefördert.

Während also der Gipfel von Brüssel gefeiert werden darf, weil sich die Einsicht in gemeinsame Handlungsnotwendigkeiten in der Haushaltspolitik durchgesetzt hat (nicht mehr und nicht weniger), verfällt Europa auf der Ebene der Kapitalmärkte weiter. Der Weg in die Einsicht, wie Märkte funktionieren, ist noch weit, die neue Normalität noch weit weg.

Januar 2010
Februar 2010
März 2010
April 2010
Mai 2010
Juni 2010
Juli 2010
August 2010
September 2010
Oktober 2010
November 2010
Dezember 2010
Januar 2011
Februar 2011
März 2011
April 2011
Mai 2011
Juni 2011
Juli 2011
August 2011
September 2011
Oktober 2011
November 2011
Dezember 2011

Das Drama der permanenten Krisengipfel

Eine kleine Hilfe zur Entwirrung eines großen Chaos'

Seit fast zwei Jahren treffen sich die Regierungschefs und der Ministerrat der EU zu Krisengipfeln. Kaum hat der eine Gipfel die finale Rettung des Euro verkündet, steht der nächste, noch finalere Rettungsgipfel an. Das ist selbst für den politisch interessierten Menschen schwer nachvollziehbar ist. Auch der Sondergipfel vom 8. und 9. Dezember 2011 hat nur Ergebnisse gebracht, von denen niemand weiß, wie lange sie halten. Hier die wichtigsten der 14 Euro-Gipfel:

Vorspiel: **Oktober 2009** Die Regierung Griechenlands revidiert die Schätzung des Staatsdefizits für 2009 nach oben – von 6 auf mehr als 12 Prozent des BIP. Ende 2010 werden Griechenlands Schulden mehr als 140 Prozent der Wirtschaftsleistung betragen. **16. Dezember 2009** Beginn der Herabstufung der Kreditwürdigkeit Griechenlands.

11. Februar 2010
Die Staats- und Regierungschefs der EU erklären sich bereit, Griechenland finanziell zu unterstützen, um die Stabilität der Währungsunion zu sichern.

25. und 26. März 2010
Die Staatschefs der Eurozone einigen sich auf einen Hilfsplan für das vom Staatsbankrott bedrohte Griechenland.

8. Mai 2010
Die EU beschließt die Einrichtung des Rettungsschirms EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) mit einem nominellen Kreditvolumen von 750 Milliarden Euro für notleidende Eurostaaten. Unabhängig davon werden Griechenland Kredite in Höhe von 110 Milliarden Euro in Aussicht gestellt.

28. und 29. Oktober 2010
Die Euro-Staaten einigen sich auf eine begrenzte Änderung des Lissabon-Vertrages. Die Einbeziehung privater Gläubiger soll damit möglich werden.

28. November 2010
Die Finanzminister der Euro-Länder einigen sich auf den ESM (Europäischer Stabilisierungsmechanismus). Dieser dauerhafte Krisenfond soll 700 Milliarden Euro umfassen und 2013 den Rettungsfonds EFSF ablösen.

16. und 17. Dezember 2010
Beschluss einer Reform des AEU-Vertrags (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) zur dauerhaften Verankerung des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM).

11. und 12. März 2011
Die Kreditvergabekapazität des EFSF wird aufgestockt. Pakt für den Euro verkündet: eine Selbstverpflichtung, sich in der Haushalts-, Steuer- und Sozialpolitik enger abzustimmen.

24. und 25. März 2011
Einigung auf einen dauerhaften neuen Rettungsfonds. Der ESM wird den bisherigen Fonds ESFS ablösen.

21. Juli 2011
Das zweite Rettungspaket für Griechenland in Höhe von 109 Milliarden Euro wird geschnürt.

29. September 2011
Der Deutsche Bundestag billigt das „Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus" und somit die geplante Aufstockung der deutschen Garantien auf 211 Milliarden Euro.

8. und 9. Dezember 2011
Jüngster, 14. Krisengipfel; Erläuterung und Kommentierung der Beschlüsse: siehe S. 4 und S. 18.

Gute Beratung kostet ein Honorar. Schlechte ein Vermögen.

Wechseln Sie jetzt zu Deutschlands erster Bank, die nicht von Provisionen lebt, sondern von zufriedenen Kunden.

- Wir beraten Sie transparent und unabhängig.
- Wir vergüten Ihnen alle Provisionen.
- Wir machen nur Gewinn, wenn Sie Gewinn machen.
- Wir werden von über 90 Prozent unserer Kunden weiterempfohlen.

030 89 02 14 87 oder
www.quirinbank.de

quirin bank

GRÜNE FRAKTION BAYERN

Dr. Martin Runge, MdL, ist Fraktionsvorsitzender und wirtschaftspolitischer Sprecher der GRÜNEN im Bayerischen Landtag. Er war viele Jahre europapolitischer Sprecher der Fraktion und Vorsitzender des Europaausschusses des Landtags.

Hört auf mit dem Gerede von der Alternativlosigkeit!

Und es stimmt auch nicht, dass Deutschland vom Euro am meisten profitiert hat

Von Martin Runge

Die Europäische Integration ist ein Erfolgsmodell, das seinesgleichen sucht. Frieden, Freiheit, wirtschaftliches Wohlergehen sind mitgetragen vom Zusammenwachsen der Staaten Europas in der Europäischen Union. Für Deutschland hat die Mitgliedschaft gar die endgültige Wiederaufnahme in die Völkergemeinschaft ermöglicht, für die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten war und ist die Beitrittsoption wesentlicher Reformmotor. Immer mehr Regelungsbereiche lassen sich auf nationaler Ebene nicht mehr zielführend steuern, sondern verlangen nach europaweitem Handeln. Dies gilt vor allem für die Bewältigung der globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Einem Europa, welches hier mit einer Stimme sprechen kann, kommt sicherlich größeres Gewicht zu in der weltweiten Völkergemeinschaft.

„Immer größere Risiken werden von den Banken auf die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen abgewälzt."

Offene Debatte und Kritik müssen uneingeschränkt möglich sein

Selbstredend ist, dass auch überzeugte Europäer nicht mit jeder politischen Weichenstellung aus Brüssel und Straßburg und nicht mit jeder auf nationaler Ebene gefällten europapolitischen Entscheidung einverstanden sein müssen und einverstanden sind. Der Auseinandersetzung mit der Europäischen Integration darf nicht aus dem Weg gegangen werden. Vor allem sollte es sich verbieten, diejenigen, die kritische Fragen stellen oder bestimmte Entscheidungen ablehnen, gleich als „europaskeptisch" oder gar „europafeindlich" zu brandmarken. Unbestreitbar ist, dass es bei den politischen Entscheidungen in der Europäischen Union massiv an Transparenz mangelt und dass die Identifikation und die Begeisterung der Bürgerinnen und Bürger Europas immer mehr zu wünschen übrig lassen.

Die Debatte oder besser Nichtdebatte um die sogenannte Euro-Krise und die Maßnahmen zur vermeintlichen Rettung des Euro bzw. der Euro-Zone sind ein Paradebeispiel dafür, wie es gerade nicht laufen sollte. Wenn Haftungsrisiken in dicker dreistelliger Milliardenhöhe in Kauf genommen werden sollen, wenn immer größere Risiken von den Banken auf die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen abgewälzt werden, dann muss hierüber eine offene, differenzierte Diskussion möglich sein. Vor allem müssen Entscheidungen von solcher Tragweite vor

dem Hintergrund all ihrer möglichen Endergebnisse abgewogen werden. Zu erklären, es gäbe keine Alternative, nach dem Motto zu verfahren „Was nicht sein darf, das nicht sein kann“, ist schlicht und ergreifend verantwortungslos.

Das Projekt Euro entpuppt sich als Schönwetterveranstaltung

Die Euro-Einführung im Jahr 1999 als Buchgeld und 2002 dann auch als Bargeld war aus ökonomischer Warte und, wie sich jetzt mehr und mehr herausstellt, auch aus politischer Warte ein schwerer Fehler. Zu monieren war, was von uns, der Fraktion der GRÜNEN im Bayerischen Landtag, von Anbeginn auch getan wurde, dass Zeitplan, Teilnahmebedingungen und Teilnehmerkreis falsch gesetzt waren. Vor dem Hintergrund der massiven Diskrepanz wesentlicher Strukturdaten und des weiteren Auseinanderdriftens der wirtschaftlichen Entwicklung wie auch des finanz- und des wirtschaftspolitischen Agierens der Teilnehmerländer musste sich die Gemeinschaftswährung über kurz oder lang als Schönwetterveranstaltung entpuppen. Schließlich gab es weder fiskal- und haushaltspolitische Konvergenz und auch keine stringenten Vorgaben zu einer solchen Konvergenz – die einschlägigen Bestimmungen im Stabilitäts- und Wachstumspakt waren das Papier nicht wert – noch zielführende Abstimmungen bezüglich wesentlicher Weichenstellungen in der Wirtschafts- und der Sozialpolitik.

Ups, das war nicht vorgesehen.

Die Gemeinschaftswährung ist allerdings ebenso Tatsache wie die Schuldenkrise. Bei aller berechtigten Kritik am „Projekt Euro“ muss doch festgehalten werden, dass es ein „Zurück auf Los“ nicht gibt. Eine Abkehr von der Gemeinschaftswährung wäre ein Unterfangen mit Risiken in nicht kalkulierbarer Tragweite. Jetzt müssen die richtigen, das heißt langfristig tragende Antworten auf die derzeitige dramatische Schieflage gefunden werden.

Wie aus einem ökonomischen Fehler ein politischer Fehler wird

Bedauerlicherweise entwickelt sich das währungspolitische Experiment Euro-Einführung nicht nur zum wirtschaftspolitischen Rohrkrepierer, sondern auch zum Sprengsatz für die Idee der Europäischen Integration. Wesentlich verantwortlich hierfür sind zum einen führende Politiker, allen voran Kanzlerin Angela Merkel, die die Bedeutung der Einheitswährung massiv überhöhen und die vermeintliche Rettung des Euro als „alternativlos“ erklären: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa, dann scheitert die europäische Einigung.“ Diese unsägliche Aussage, getätigt anlässlich der Verleihung des Karlspreises in Aachen 2010, wiederholt die Kanzlerin teils im Wortlaut, teils in leicht abgeänderter Form mittlerweile im Wochenrhythmus. Zu erklären, es gäbe keine Alternative, ist verantwortungslos.

Hier muss die Frage erlaubt sein, ob es sich nicht ganz anders verhält, ob die vermeintliche Rettung des Euro bzw. der Euro-Zone um jeden Preis nicht ein immens gefährlicher Spaltpilz für Europa, für die Europäische Union und hier vor allem für die Euro-Zone darstellt. Sparprogramme, Lohn- und Rentenkürzungen, Abbau von Sozialleistungen, das alles

von Brüssel verordnet oder aber zumindest in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger von Brüssel zu verantworten, so werden keine Sympathien für die EU, für die Idee der europäischen Integration geschaffen. Und umgekehrt sorgt die Übernahme von Haftungsrisiken in gewaltigem Ausmaß bei den Bürgerinnen und Bürgern der noch besser dastehenden Länder nicht gerade für Begeisterung für die Europa-Idee.

Die Behauptung, Deutschland sei der große Gewinner des Euro, ist falsch

Wird hierzulande Kritik am Euro geübt, so stößt sie in der Regel prompt auf die Erwiderung, dass gerade Deutschland aus ökonomischer Warte von der Einführung der Gemeinschaftswährung stark profitiert hätte. Dahinter steckt die Argumentation, die deutsche Wirtschaft sei mit und in ihren Exporterfolgen in besonderem Maße Nutznießerin der einheitlichen Währung, zum einen weil im Falle von Ausfuhren in Länder der Euro-Zone Transaktionskosten sowie Wechselkursrisiken bzw. Absicherungskosten weggefallen seien und zum anderen weil ganz grundsätzlich der Euro die deutsche Exportwirtschaft vor einer DM mit weiter steigendem Außenwert bewahrt hätte. Tatsächlich sind seit der Einführung des Euro die Ausfuhren aus Deutschland und die Leistungsbilanzüberschüsse stark angestiegen. Allerdings war das Wachstum der Ausfuhren in Länder außerhalb der Euro-Zone mit durchschnittlich gut sieben Prozent im Jahr deutlich höher als das Wachstum der Exporte in Länder der Euro-Zone mit etwa fünf Prozent je Jahr. Der Anteil von Exporten aus Deutschland in Länder der Euro-Zone am gesamten Export ist im Ergebnis von 46,4 Prozent zum Zeitpunkt der Euro-Einführung auf 41,3 Prozent im Jahr 2010 gesunken (siehe Infografik auf den Seiten 12 und 13).

„Der Anteil von Exporten aus Deutschland in Länder der Euro-Zone ist von 46 Prozent auf 41 Prozent gesunken."

Auch die Argumentation mit dem Außenwert des Euro vermag nur sehr bedingt zu tragen. Bekanntlich war die DM zu Zeiten des Wechselkurs-Regimes von Bretton Woods stark unterbewertet. Mit Einführung flexibler Wechselkurse im Jahr 1973 stieg der Außenwert der DM massiv an, was aber den Exporterfolgen deutscher Unternehmen keinerlei Abbruch tat, im Gegenteil. Auch der Euro hat gegenüber anderen wichtigen Währungen, besonders gegenüber dem US-Dollar, vor allem in den ersten Jahren nach seiner Einführung, deutlich zugelegt. Gleichzeitig waren auch hier beachtliche Wachstumszahlen bei den deutschen Ausfuhren in Länder außerhalb des Euro-Raumes zu verzeichnen.

Grund für die Gewinnung von Wettbewerbsvorteilen war demnach nicht die Einheitswährung per se. Vielmehr wurde die Einführung des Euro in Deutschland mit Erfolg dazu genutzt, um drohend die Keule mit der Argumentation der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit zu schwingen. Dank Zurückhaltung in den Lohnrunden, dank verschiedener Maßnahmen des Kürzens oder Einfrierens von Sozialleistungen, aber auch dank der Änderung von Unternehmensstrategien und der Optimierung betrieblicher Abläufe konnten die Lohnstückkosten deutlich gesenkt werden. Ergebnis waren die großen Exporterfolge und der immense Überschuss in der Leistungsbilanz. Letzterer war auch darauf zurückzuführen, dass die Nachfrage im Inland einbrach (weniger Nachfrage bedeutet eben auch weniger Importe), was wiederum durch die niedrig gehaltenen Löhne und Sozialleistungen zu erklären ist.

Die von vielen als positiv gezeichnete Entwicklung von „Deutschland als Exportweltmeister" hatte demzufolge mit der lahmenden Binnenkonjunktur eine bedenkliche Schlagseite, welche sich wiederum auch dadurch ausdrückte, dass die Wachstumszahlen in Deutschland weit geringer waren als die in den meisten anderen Mitgliedstaaten der Euro-Zone. Alles andere als positiv war auch der immense Kapitalexport aus Deutschland. Ein

Großteil der in Deutschland erwirtschafteten Gelder floss in die boomenden Länder hauptsächlich im Süden der EU, was dort für einen Aufschwung auf Pump sorgte, für die deutsche Volkswirtschaft jedoch einen gewaltigen Entzugseffekt darstellte.

Fakt ist, dass die Euro-Einführung mit einem Schlag den gewaltigen Zinsvorteil der deutschen Wirtschaft rasierte, den sie zuvor besaß. Im Jahr 1996 lagen beispielsweise die Zinsen für kurzfristige Kredite in Irland bei 5,4 Prozent, in Spanien bei 7,5 Prozent und in Italien bei 8,8 Prozent. Im Jahr 1999, also im Jahr der Euro-Einführung als Buchgeld, betrugen sie dann in all den drei genannten Ländern unisono 3 Prozent, d. h. sie waren genauso hoch bzw. niedrig wie in Deutschland, wo sie auch in den Jahren zuvor bei 3 bis 4 Prozent gelegen waren. Dank des plötzlich billigen Geldes kam es dann in Ländern wie Griechenland, Italien oder Spanien zu einem kreditfinanzierten Bau- und Konsumboom. Auch gab es üppige Lohnsteigerungen, so vor allem im öffentlichen Dienst, während in Deutschland eisern gespart wurde. Erst mit dem Finanzmarktdebakel entwickelte sich die Zinshöhe für Staatsanleihen wieder auseinander, wobei es zu den wirklich gravierenden Unterschieden erst im Jahr 2010 kam.

Made in Germany: Seit der Einführung des Euro sieht man das Gütesiegel in den Euroländern relativ seltener als früher.

Wurzel und Kern der aktuellen Krise ist nicht der Euro, sondern die Verschuldung

Selbstverständlich steht die aktuelle Krise in Zusammenhang mit der Gemeinschaftswährung. Zum einen hat das für viele und in vielen Staaten mit der Euro-Einführung plötzlich billige Geld zum Schuldenmachen eingeladen.

Zum anderen sorgte der vielstimmige Chor aus den Reihen der herrschenden Politik mit dem Beschwören der Euro-Krise und dem gleichzeitigen Versichern, alles zu tun, um den Euro und die Euro-Zone zu retten, zu entsprechenden Reaktionen an den Finanzmärkten.

Allerdings muss bei aller Kritik an der Gemeinschaftswährung, vor allem an den Fehlern bei deren Einführung, an dieser Stelle doch festgehalten werden, dass der Euro weder originär Wurzel noch Kern der aktuellen Krise ist. Bei der aktuellen Krise handelt es sich mitnichten um eine Euro-Krise, sondern um eine Verschuldungs- und eine Finanzmarktkrise. Hohe Staatsschulden und Zweifel an der Solvenz der Schuldner wie an der Sicherheit der jeweiligen Staatsanleihen sorgen für deutliche Zinssteigerungen, welche wiederum die betroffenen Länder von den Finanzmärkten abzuschneiden und eine weitere Finanzierung zu verunmöglichen drohen. Gleichzeitig und mit letzterem zusammenhängend geraten Banken wieder in den Strudel aus Zahlungsausfällen und Wertberichtigungen/Abschreibungen, es drohen Bankenzusammenbrüche, die Kreditvergabe zwischen den Banken beginnt zu lahmen.

Die erneut dramatische Schieflage bei den Banken belegt, dass vor allem auf europäischer Ebene wie auf Ebene des Bundes versäumt worden ist, aus dem Finanzmarktdebakel der Jahre 2007 bis 2009 die richtigen Konsequenzen zu ziehen, heißt die Finanzmärkte ernsthaft zu regulieren und für (Re)Kapitalisierung der

Banken zu sorgen. Bei den immer größeren „Rettungspaketen“ geht es demzufolge auch nicht darum, den Euro zu sichern. Es geht auch nicht primär darum, Griechenland zu retten. Vielmehr soll Banken und der gesamten „Finanzindustrie“ geholfen werden, um so Konjunktureinbrüche bzw. das Abgleiten in Rezession zu verhindern und den Schulden- und Wachstumswahnsinn weiter zu befeuern.

Im Übrigen war und ist es vor allem die Politik des „Zick-Zack-Kurses“ und der „Trippelschritte“ (Ableugnen, Bagatellisieren, Dramatisieren, frisch geschnürte Pakete gleich wieder aufschnüren und aufblasen) à la Angela Merkel, welche für Verwerfungen an den Finanzmärkten und für das Austesten von Grenzen durch die Finanzmarktakteure sorgt.

Eine Schuldenkrise mit immer mehr Schulden zu bekämpfen, ist gewagt

Jetzt immer größere Pakete zu schnüren, immer stärker in das Haftungsrisiko für die Anleihen Griechenlands oder anderer stark verschuldeter Länder zu gehen oder gar Anleihen am Primär- oder Sekundärmarkt zu kaufen, wie dies die EZB in gefährlicher Vermengung von Geldpolitik und Fiskalpolitik getan hat, ist in den Augen des Verfassers dieser Zeilen der falsche Weg. Zu meinen, Griechenland könne tatsächlich irgendwann einmal den angehäuften Schuldenberg zurück-

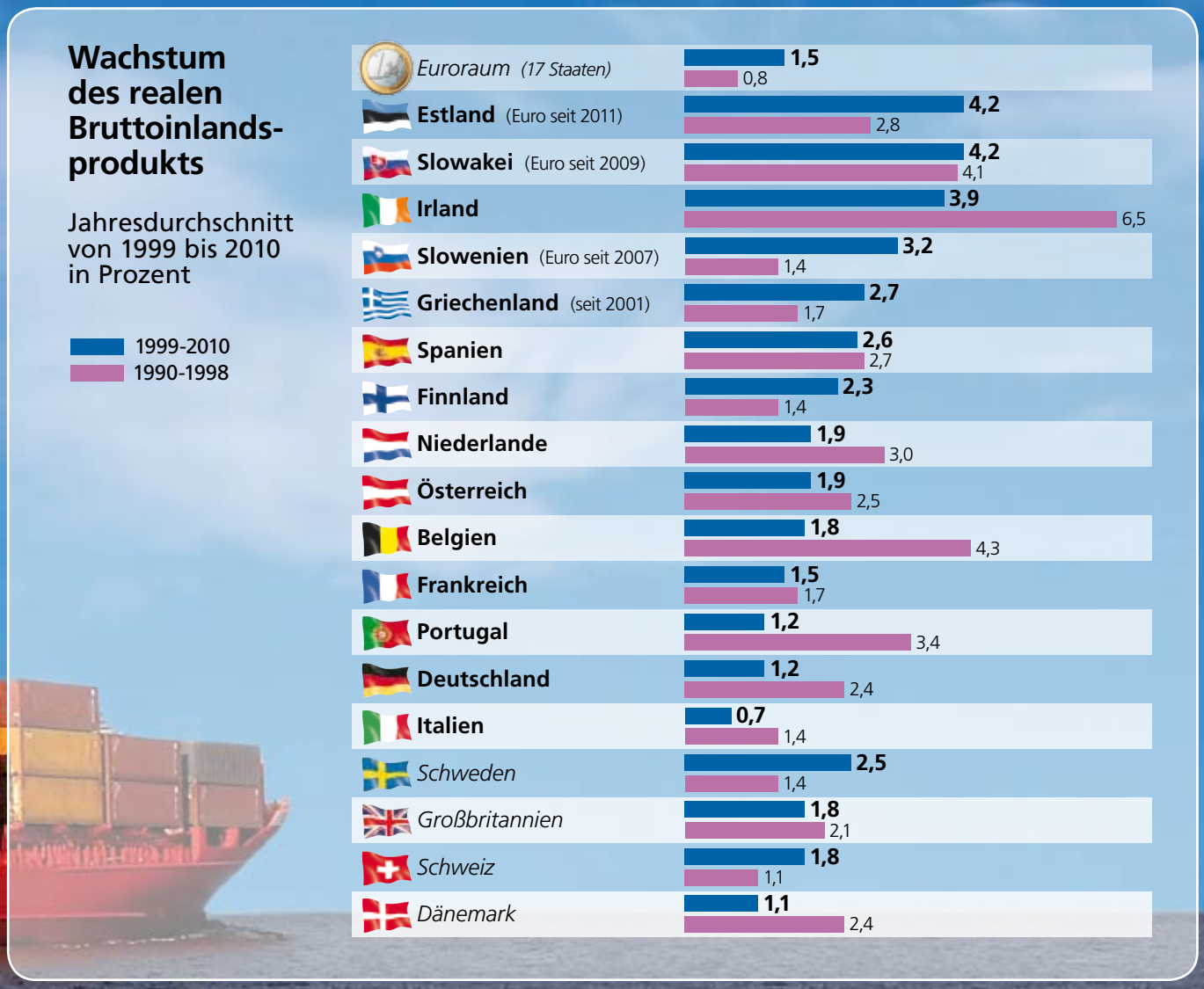
Eine Tragödie: Seit Einführung des Euro Halbierung des Wachstums in Deutschland

zahlen, ist gefährliche Utopie. Bei den beiden beschlossenen Griechenland-Paketen geht es um nichts anderes als um die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit und um die Refinanzierung von Altschulden. Der Schuldenstand kann auf diesem Wege nicht geringer werden, zumal die im Land ergriffenen Sparmaßnahmen ja auch die wirtschaftliche Entwicklung einbrechen lassen.

Eine Schuldenkrise mit weiteren Schulden in Griff bekommen zu wollen, ist ein gewagtes Unterfangen. Spannend ist die vom IWF bzw. vom G20-Gipfel aktuell propagierte Rezeptur, gleichzeitig die Staatsverschuldung abzubauen und eine konjunkturbelebende Geldpolitik, heißt eine Politik des billigen Geldes, der niedrigen Zinsen und der riesigen Geldmengen zu betreiben. Das geht nur zusammen, wenn eine krachende Inflation nicht nur in Kauf genommen, sondern ganz bewusst angesteuert wird.

Völlig in die falsche Richtung gehen auch die Vorschläge, die 440 Milliarden Euro, über die die EFSF verfügt, bzw. die 780 Milliarden Euro, die der Haftung für die eben genannten 440 Milliarden Euro dienen, über Hebel etwa über die „Bankenlösung“, über die „Versicherungslösung“ oder über eine „Lösung über eine Zweckgesellschaft“ zu vervielfachen. Zum einen signalisieren solche Vorschläge, dass Schuldenwirtschaft in immer größerem Umfang betrieben werden soll. Zum anderen führen Ankündigungen, gerade erst beschlos-

und 5 Prozentpunkte Schrumpfung des Exportanteils nach Euroland



Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt; FAZ

Foto: Fotolia.de/ Kaarsten

sene „Rettungspakete“ gleich wieder aufschnüren und weiter aufblähen zu müssen, mit Sicherheit zu keiner Beruhigung an den Finanzmärkten.

Hinter der Forderung nach „weiteren Euro-Bonds“ steckt bestenfalls eine Selbsttäuschung. Die Formulierung „weiterer Euro-Bonds“ wurde deshalb gewählt, weil es die gemeinschaftliche Haftung für Kredite, die gemeinschaftliche Haftung für Anleihen ja längst gibt und dies unter Zustimmung der Fakultäten, die jetzt in aller Heftigkeit gegen die Einführung von Euro-Bonds agitieren. Die EU hat schon in früheren Jahren Kredite an notleidende Staaten vergeben. Für die Anleihen, die jetzt die EFSF verkauft, um mit den entsprechenden Erlösen Kredite an Länder in Schieflage zu geben, haften alle Länder der Euro-Zone. Hätte es bereits seit mehreren Jahren ein System von Anleihen von Euro-Ländern, für die gemeinschaftlich gehaftet wird, gegeben, so wäre uns wahrscheinlich die eine oder andere Runde an Verwerfungen erspart geblieben.

Die Wurzel der Schuldenkrise war das mit der Euro-Einführung für viele Länder plötzlich billige Geld.

Jetzt allerdings Euro-Bonds als Heilmittel zu diskutieren, geht am Kern der Krise vorbei. Zum einen müssten mindestens in den 17 Ländern der Euro-Zone die Verträge geändert werden, dies bekanntlich teils auf parlamentarischem Wege, andernteils über Volksabstimmungen, was bedeutet, dass die Einführung von Euro-Bonds eine Sache von vielen, vielen Jahren wäre. Zum anderen ist zu bezweifeln, ob der von den Befürwortern von Euro-Bonds erhoffte Bonitätstransfer überhaupt greifen würde. So hat der Europa-Chef einer der drei großen Rating-Agenturen bereits angekündigt, die Gemeinschaftsanleihen würden nach der Kreditwürdigkeit des wirtschaftlich schwächsten der haftenden Länder bewertet.

Soll mittels der Euro-Bonds nur ein Teil des Finanzbedarfs der Länder der Euro-Zone gedeckt werden, so wie dies bisher in der Diskussion war („bis zu einer stabilitätsbewahrenden Grenze der Staatsverschuldung“), so wäre logische Konsequenz, dass Länder in Schieflage mit ihren Verkaufswünschen von Anleihen, mittels derer der restliche Finanzbedarf gedeckt werden soll, dann doch schnell von den Finanzmärkten ausgeschlossen sind. Mit der vollständigen Vergemeinschaftung der Verbindlichkeiten, so wie aktuell von Mitgliedern der Europäischen Kommission vorgeschlagen, würden Verantwortung und Haftung noch mehr auseinanderdividiert, gäbe es noch weniger Anreiz, Schulden abzubauen und Haushalte zu konsolidieren. Grundsätzlich sei angemerkt, dass die Wurzel der Schuldenkrise das mit der Euro-Einführung für viele Länder plötzlich billige Geld, die plötzlich niedrigen Zinsen waren. Die Krise mit weiterhin künstlich niedrig gehaltenen Zinsen überwinden zu wollen, scheint nicht der richtige Weg.

Kritisch zu sehen sind auch die Forderungen nach einer „Europäischen Wirtschaftsregierung“: Sollen überall gleiche Steuersätze und gleiche Bemessungsgrundlagen gelten, soll es eine einheitliche Wirtschaftsförderung geben, sollen etwa Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, Renteneintrittsalter, Rentenniveau, sonstige Sozialleistungen vereinheitlicht werden? Selbstverständlich ist in einem Raum mit einer einheitlichen Währung für fiskal- und haushaltspolitische Konvergenz und für zielführende Abstimmung wesentlicher wirtschaftspolitischer Weichenstellungen zu sorgen. Ein entscheidender Eckpfeiler wäre hier die Durchsetzung einheitlicher Unternehmenssteuern. Auch der Idee eines Europäischen Bankenrettungsfonds, der Banken in Schieflage direkt kapitalisieren kann, dann aber auch über direkte Durchgriffsrechte und Abwicklungskompetenzen verfügt, sollte ernsthaft nachgegangen werden.

Im Kontext mit der Forderung nach einer Europäischen Wirtschaftsregierung sei angemerkt, dass es doch verwundert, wenn gerade prominente Vertreterinnen und Vertreter der GRÜNEN, einer Partei, die sehr viel von Subsidiarität und

Dezentralität hält, die Zentralisierung von Kompetenzen zum vorrangigen Problemlösungsweg erklären. Auch ganz grundsätzlich müssen ebenso die Glorifizierung einer Währung wie das relativ kommentararme Absegnen von Lösungsmodellen, die von namhaften Protagonisten der „Finanzindustrie“ stammen, genannt seien hier die Namen Ackermann und Achleitner, erstaunen.

An den Wurzeln der Misere ansetzen und gründlich umsteuern

Wir sollten uns einsetzen für Solidarität mit Vernunft und Augenmaß. Die EU war und ist eine Transferunion, sie soll aber nicht mehr und mehr zur Haftungsunion werden. Angesagt wäre deshalb ein Schuldenschnitt für insolvente Länder bei spürbarer Beteiligung aller Gläubiger statt immer größerer Haftungsübernahme für „Altschulden“. Ob aktuell Griechenland nach einem solchen Schuldenschnitt die Euro-Zone verlässt oder nicht, ist in den Augen des Verfassers dieser Zeilen dann eher eine sekundäre Frage, die vor allem von Griechenland selber unter Abwägung aller Konsequenzen zu beantworten ist.

Insgesamt gilt es, die Staatsverschuldung in fast allen Ländern deutlich zurückzuführen. Die Haushalte sind zu konsolidieren unter Bemühung sowohl der Einnahmen- als auch der Ausgabenseite. Der jetzt auf den Weg gebrachte neue Stabilitätspakt mit seinen Instrumenten wie Vorgaben für einen rascheren Schuldenabbau, Einbeziehung des Gesamtschuldenstandes in die sanktionswürdigen Tatbestände, härtere Sanktionsverfahren bei Verstößen und dies vor allem in einem eher automatisierten Verfahren weist hier in die richtige Richtung. Angesichts der Tatsache, dass bislang weder die Regeln des alten Stabilitätspaktes noch wesentliche Bestimmungen des EG-Vertrages und des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) mit ihrer No-Bailout-Klausel eingehalten wurden, muss allerdings noch geklärt und erklärt werden, wie die Partnerländer gewährleisten wollen, die neuen Regeln auch einzuhalten.

Als Wurzel der gesamten Misere sind auszumachen:

Okkultismus ist gar nichts dagegen: Dem Euro werden Kräfte zugeschrieben, die er nur in der Magie haben kann.

FOTOLIA.DE/PSDESIGN1

1) viel zu viel Geld- und Kapitalvermögen a) in Relation zur Wirtschaftsleistung und zum Realvermögen und b) bei immens ungerechter Verteilung,
2) zu viel Verschuldung im privaten wie im öffentlichen Sektor,
3) Wachstumswahn und Wachstumszwänge,
4) Blasenökonomie sowie
5) Finanzmärkte, die befeuert durch staatliche Schuldenwirtschaft und mehr und mehr Liberalisierung alles andere als segensreich für die Gesamtwirtschaft wirken.

Bereits vor dem Finanzmarkt-Debakel 2008 und der folgenden weltweiten Wirtschaftskrise hatten sich die Krisenzeichen massiert. Der Klimawandel mit seinen drohenden dramatischen Auswirkungen, die zunehmende Ressourcenknappheit, die Welternährungskrise, die schreiend ungerechte Verteilung vor allem zwischen Nord und Süd, all dies zeigt uns, dass wir nicht so weiter wirtschaften können wie bisher. Wir haben es eben nicht (allein) mit Konjunkturkrisen zu tun, sondern mit einer Systemkrise, mit Systemversagen.

„Angesagt wäre ein Schuldenschnitt für insolvente Länder bei spürbarer Beteiligung aller Gläubiger."

Die einzelnen Krisen nacheinander abarbeiten zu wollen und zu meinen, dies auch zu können, ist verantwortungsloser Unfug. Grundsätzlich sind eine radikal andere Wirtschaftsweise und demzufolge auch ein radikales Umsteuern in der Finanz-, der Steuer- und der Wirtschaftspolitik notwendig. Zu einem entsprechenden Gesamtkonzept gehören neben dem Schuldenabbau folgende Bausteine:

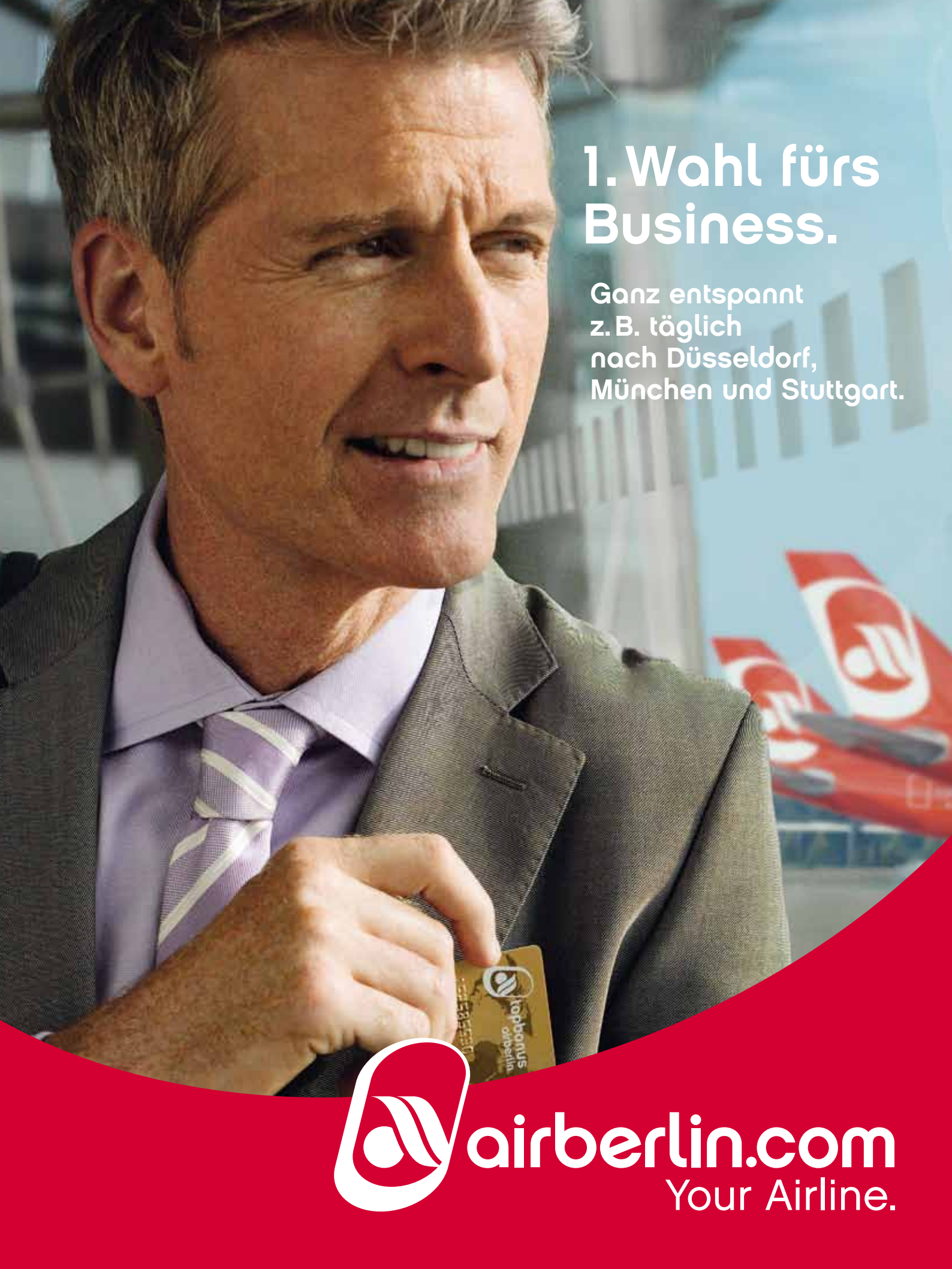
• die Finanzmärkte (wieder) regulieren, die Banken auf ihre eigentliche Aufgabe zurückführen. Neben Einzelmaßnahmen (Finanztransaktionssteuer, Verbot von Leerverkäufen, enge Begrenzung für Derivate, Gewährleistung einer ausreichenden Eigenkapitalunterlegung, keine Flucht in „Zweckgesellschaften", Zügelung von Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds hinsichtlich Relation Eigenkapital zu Fremdkapital, Transparenz) sind hier auch radikalere, größere Schritte wie das Untersagen bzw. Eingrenzen von Eigengeschäften der Banken in Form von „Kreditersatzgeschäften" und die (Wieder)Einführung eines Trennbankensystems (strikte Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken) angesagt. Auch die „Verkleinerung", ergo Zerschlagung von „Großbanken" (wider die Problematik „Too big to fail") oder die Zwangskapitalisierung, ergo Verstaatlichung von Banken dürfen kein Tabu sein;

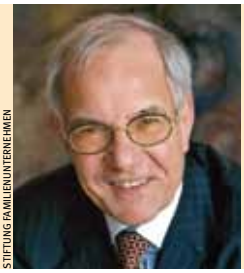
• die Umverteilung von unten nach oben umkehren (Instrumente sind Vermögensabgabe, höherer Spitzensteuersatz, höhere Erbschaftssteuer, Mindestlohn, Tarifregelungen, partiell höhere Sozialtransfers, deutlich mehr Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit);

• endlich den ökologisch-sozialen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft angehen, heißt eine ressourcen- und klimaschonende und sozialverträgliche Wirtschaftsweise forcieren und daran arbeiten, den Wachstumszwängen zu entkommen.

Maßnahmen zur Umverteilung von oben nach unten sind angebracht

Die Fraktion der GRÜNEN im Bayerischen Landtag hat sich auf ihrer Fraktionssitzung vom 26. Oktober 2011 nach eingehender Debatte in mehreren Sitzungen mehrheitlich gegen jede Art von Hebelung der Mittel der EFSF und später dann des ESM sowie gegen die Einführung von Eurobonds positioniert. Einstimmig vertritt die Fraktion die Auffassung, dass die Übernahme weiterer Risiken zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, heißt neuerliche Darlehensgewährung, Übernahme von Bürgschaften, Zahlungen an Zweckgesellschaften oder Fonds, wenn überhaupt, nur dann in Frage kommen sollte, wenn gleichzeitig ernsthafte Maßnahmen zur Umkehr der Umverteilung von unten nach oben sowie zur Finanzmarktregulierung ergriffen werden. ◆


1. Wahl fürs Business.
Ganz entspannt z. B. täglich nach Düsseldorf, München und Stuttgart.
airberlin.com
Your Airline.



STIFTUNG FAMILIENUNTERNEHMEN

Prof. Dr. Dr. h.c. Brun-Hagen Hennerkes
ist führender Experte in Sachen Familienunternehmen,
Autor zahlreicher wissenschaftlicher Veröffentlichungen
und Vorstand der Stiftung Familienunternehmen,
die von ihm im Jahr 2002 gegründet wurde.

Der Weg zum Gipfel – kein Canossagang

Das Ausscheren Großbritanniens aus der EU-Solidarität ist ein Fiasko mit Langfristwirkung für den Fortbestand des Euro

Von Prof. Brun-Hagen Hennerkes

Nein, der Gang zum Krisengipfel wurde für die Kanzlerin nicht zum Weg nach Canossa. Die Ministerpräsidenten der Euroländer ließen sie nicht draußen im Regen stehen. Dem historischen Vorbild entsprechend gewann die Kanzlerin – so wie einst Heinrich IV – durch ihre Initiative einen Gutteil der verlorengegangenen Handlungsfähigkeit zurück.

Es wurde allerdings auch keine Absolution erteilt. Zu viele Sündenfälle waren der deutschen Regierung bei der Eurosanierung unterlaufen. Zu häufig war – dem Muster der Echternacher Springprozession entsprechend – jedem strategischen Schritt nach vorne ein Rückwärtsschritt gefolgt; einmal sollte ein eventueller Schuldenschnitt mit Beteiligung privater Gläubiger, einmal ohne eine solche erfolgen; einmal „roch“ es trotz aller Dementis nach Eurobonds, dann wieder waren Eurobonds passé, einmal präferierte man eine Banklizenz für den ESM – kurz darauf lehnte man das wieder ab. Dieses permanente Verwirrspiel hat das Vertrauen der Finanzmärkte aufs Stärkste erschüttert.

„Das permanente Verwirrspiel hat das Vertrauen der Finanzmärkte aufs Stärkste erschüttert.“

Die entscheidende Frage lautet: Ist der Euro nun, nach dem Brüsseler Gipfel, endgültig gerettet? Keineswegs. Dass nämlich die Europapolitiker in Brüssel keinerlei Konzept zur Hand hatten, um Großbritannien an einem Ausscheren aus der EU zu hindern, stellt ein besonderes Fiasko mit Langfristwirkung auch für den Fortbestand des Euro dar.

Zwar gehört die Vorstellung vom „perfiden Albion“ – ehemals genährt durch die Flottenrivalität Wilhelms II – unwiederbringlich in den Mülleimer der Geschichte. Doch alte Ressentiments werden schnell wieder wach. Wenn uns jetzt die drittgrößte Wirtschaftskraft im Euroraum ungeniert die Solidarität aufkündigt, so stellt dies mehr als einen bloßen Betriebsunfall dar. Denn mit England geht uns ein transatlantischer Treibriemen verloren, der in der Vergangenheit stets und maßgeblich die politische Abstimmung zwischen Europa und den USA befördert hat. Die jetzt aufgetretene Störung kurzfristig wieder zu bereinigen, ist nun – nicht mehr allzu weit von den nächsten Präsidentschaftswahlen entfernt – eine besonders drängende Aufgabe deutscher Politik.

Das von der Kanzlerin in Brüssel erzielte Ergebnis ist zwar eine beachtliche Leistung, von Geist

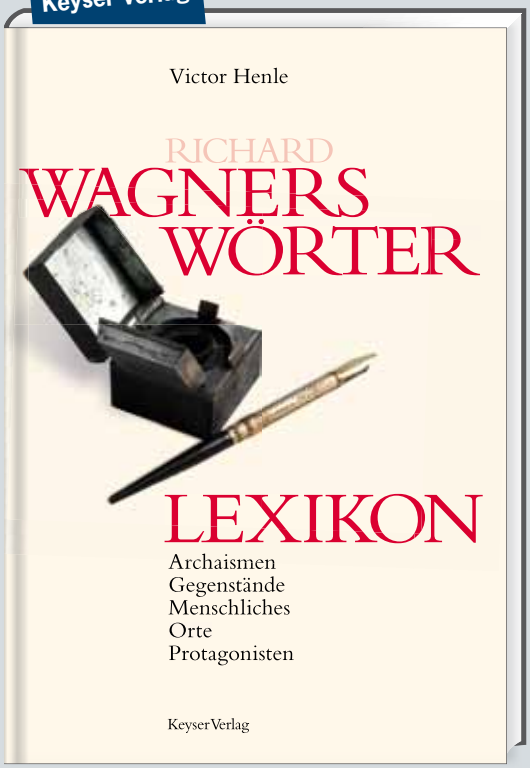
und Gedanken der Väter der Maastricht-Verträge jedoch hat die Kanzlerin nur wenig herüberretten können. Die Eurosanierung bewegt sich nach wie vor in Trippelschritten. Als wichtigsten Erfolg hat die Kanzlerin wiederum einen Zeitgewinn verbuchen können. Doch dieser ist teuer erkauft. Für unsere Wirtschaft zeigen sich nämlich am Horizont bereits dunkle Wolken. Die Kreditvergabefähigkeit der deutschen Banken wird durch die von Basel III geforderte Erhöhung der Kernkapitalquote eingeschränkt.

„Als wichtigsten Erfolg hat die Kanzlerin wiederum einen Zeitgewinn verbuchen können. Doch dieser ist teuer erkauft."

Hinzu kommt, dass sich die ausländischen Banken seit der Lehman-Pleite weitgehend vom deutschen Kreditmarkt zurückgezogen haben, dass die IKB als maßgeblicher Langfristfinanzierer de facto ausgefallen ist, dass die Landesbanken sich derzeit vorrangig der Reparatur ihrer eigenen Geschäftsmodelle widmen müssen und dass die Commerzbank aufgrund der Brüsseler Auflagen zur Bilanzverkürzung gezwungen ist. Da Private Equity seit geraumer Zeit „schwächelt" und syndizierte Kredite im Bankbereich derzeit nicht untergebracht werden können, ist eine schnelle Rückkehr des Vertrauens ausländischer Finanzinvestoren in den Euro für uns besonders wichtig, wenn nicht sogar existenziell.

Unterzieht man das Brüsseler Ergebnis einer abschließenden Analyse, so fällt dem Humanisten hierzu nur ein Wort von Ovid aus seinen Epistulae ex Ponto ein und dieses lautet: „Ut desint vires, tamen est laudanda voluntas", frei übersetzt: „Obwohl die Kanzlerin nur wenig politischen Spielraum hatte, so ist zumindest ihr guter Wille zu loben." ◆

NEU im Keyser Verlag



www.keyser-verlag.com
288 Seiten + Vademecum mit 72 Seiten
€ 24,90 ISBN 978-3-86886-019-1

Verstehen Sie Wagner?

„Schlag nach bei Henle! Sein Lexikon der Wagnerschen Begriffe von ‚Aar' bis ‚Zwicker' ist konkurrenzlos auf dem gegenwärtigen Buchmarkt."
(Deutschlandfunk, Musikjournal)

„Dieses Buch sollte sich der wahre Wagnerianer zu Weihnachten erkiesen!"
(Nordbayerischer Kurier, Bayreuth)

SZ

Claus Hulverscheidt ist Hauptstadt-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in Berlin.

Und wieder diese Sehnsucht nach der Wunderwaffe

Von Claus Hulverscheidt

Je länger eine Krise andauert, je mehr Lösungsversuche ohne erkennbare Wirkung verpuffen, je größer die Ratlosigkeit der handelnden Personen erscheint, desto stärker wird das Verlangen der Betrachter nach der einen, der umfassenden, der endgültigen Antwort. Geradezu exemplarisch dafür steht die Euro-Schuldenkrise, die seit nunmehr zwei Jahren schwelt. Zwei Jahre, in denen sechs der siebzehn Regierungschefs aus den Mitgliedsländern der Währungsunion aufgaben, Dutzende Gipfel-, Minister- und Staatssekretärstreffen stattfanden und ebenso viele Rettungskonzepte diskutiert wurden. Welche Kraft der Dauerlöscheinsatz gekostet hat, lässt sich an manchen Tagen in den Gesichtern von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy förmlich nachlesen. Es ist daher erklärlich, dass viele Bürger, Politiker, Professoren und Kommentatoren den Einsatz einer Wunderwaffe herbeisehnen – und sie vorgeblich auch schon gefunden haben: die Notenpresse der Europäischen Zentralbank (EZB).

Dahinter steht ein durchaus nachvollziehbarer Gedanke: Demnach werden die Turbulenzen auf dem Rentenmarkt und die Spekulationen auf ein Auseinanderbrechen der Eurozone so lange weiter gehen, wie die Besitzer von Staatsanleihen

Die Hauptstadt-Redaktion

ANDREAS SCHOELZEL

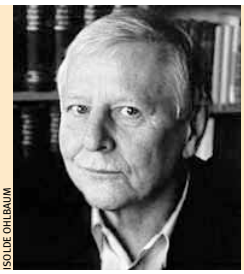
befürchten müssen oder – je nach Anlagestrategie – hoffen können, dass einige Staaten ihre Verbindlichkeiten nicht vollständig zurückzahlen werden. Irgendeine Institution also müsste eine Erklärung abgeben, dass sie im Zweifel sämtliche Anleihen der Euro-Länder aufkauft – ohne Wenn und Aber und ohne jedes finanzielle Limit. Der Euro-Schutzschirm EFSF ist dazu nicht in der Lage, die einzige Institution, die das könnte, ist die EZB: Nur sie verfügt, wie eine englische Zeitung es ausdrückte, über jene „nukleare Feuerkraft", mit der die Euro-Staaten die Attacke der Märkte zurückschlagen könnten.

Richtig an dieser These ist, dass man einen Krieg mit Hilfe einer Nuklearwaffe beenden kann. Die Frage ist nur: Um welchen Preis? Denn bei allen Fehlschlägen, die Merkels und Sarkozys Krisenmanagement bisher zweifellos produziert hat, besteht doch die Gefahr, dass die viel beschworene Big Bazooka am Ende nicht die Krise, sondern vielmehr die gesamte Währungsunion hinwegfegen würde.

Gegen uneingeschränkte Staatsanleihekäufe durch die Notenbank sprechen ökonomische, rechtliche und auch politische Gründe. Das wichtigste wirtschaftliche Argument ist, dass den Euro-Staaten jeglicher Anreiz genommen würde, ihre Haushalte in Ordnung zu bringen, ihre strukturellen Probleme zu lösen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Im Gegenteil: Warum sollte eine Regierung, die ihr Geld mit der Schubkarre bei der Notenbank abholen kann, ihren Bürgern schmerzhafte Reformprogramme zumuten? Zudem würde die Inflation in Europa kräftig angeheizt, weil die EZB das Geld für ein großes Anleihe-Kaufprogramm ja drucken müsste und es – anders als derzeit – nicht mehr durch das Abschöpfen von Liquidität an anderer Stelle austarieren könnte. Leidtragende wären die einfachen Bürger, denen ihr Erspartes zwischen den Fingern zerrinnen würde.

Ebenso gravierend wären die juristischen Probleme, die eine uneingeschränkte Bürgschaftserklärung der Zentralbank nach sich zöge. Die Finanzierung von Staaten ist der EZB nach den europäischen Verträgen nämlich schlichtweg verboten. Die Bazooka -Befürworter gehen mit diesem Umstand erstaunlich leichtfertig um: Es sei nun einmal die Zeit der Krise, so erklären sie, nicht die der Prinzipien-Reiterei. Was aber hieße es für die Zukunft der Währungsunion, wenn die Mitglieder das Signal aussendeten, dass Verträge von sofort an nur noch in Schönwetterperioden gelten? Und warum sollten Investoren in aller Welt einer Institution noch vertrauen, die schon einmal offen rechtsbrüchig geworden ist?

Noch dramatischer als alles andere aber wären die politischen Folgen. Binnen weniger Monate nach der Kehrtwende der Europäischen Zentralbank käme in ganz Europa unweigerlich eine Debatte in Gang, wie es denn sein kann, dass eine kleine, von den Bürgern nicht gewählte, niemandem verantwortliche Schar von Notenbankern über die Finanzausstattung ganzer Staaten entscheidet. Das könne nicht sein, hört man einschlägige Parteien schon rufen, die EZB müsse einer „demokratischen Kontrolle" unterworfen werden. Das aber wäre nicht nur das Ende der Unabhängigkeit der Notenbank. Es wäre das Ende einer verantwortungsvollen Geldpolitik überhaupt.



ISOLDE OHLBAUM

Hans Magnus Enzensberger ist seit 50 Jahren Denker in Deutschland. Der Dichter, Schriftsteller, Herausgeber, Übersetzer und Redakteur lebt in München. Im Januar 2011 erschien sein aktuelles Buch *Sanftes Monster Brüssel oder Die Entmündigung Europas* im Berliner Suhrkamp Verlag. Sein Urteil über den Euro fällt er hier.

„It's the economy, stupid!"

Es liegt eine bösartige Ironie darin, dass sich gerade dort, wo die EU ihre ureigenste Aufgabe sah, die gefährlichsten Risse zeigen: auf dem Gebiet der Ökonomie

Von Hans Magnus Enzensberger

Der Slogan „It's the economy, stupid!", der Bill Clinton bei seiner Kampagne von 1992 zur Präsidentschaft verhalf, könnte mit Fug und Recht an der Fassade des Gebäudes an der Rue de la Loi prangen, in dem der Ratspräsident residiert. Denn ungeachtet aller Metamorphosen ist die Union in ihrem Kern das geblieben, als was sie sich bis 1993 selbst bezeichnet hat: eine Wirtschaftsgemeinschaft.

In den Augen ihrer Verfechter ist nicht, wie Napoleon noch glaubte, die Politik, sondern die Ökonomie das Schicksal. Sie stellt sich als eine höhere Gewalt dar, der sich nichts in den Weg stellen kann, am allerwenigsten die jahrhundertealten Traditionen, Mentalitäten und Verfassungen der europäischen Länder. Seit den Tagen der Montanunion ist das Projekt der wirtschaftlichen Integration stets ohne Rücksicht auf die ökonomische, territoriale, ethnische und religiöse Verschiedenheit der Teilnehmerstaaten vorangetrieben worden – eine Geschichtstaubheit, über die kein Karlspreis und keine Sonntagspredigt hinwegtäuschen kann.

So liegt eine bösartige Ironie darin, dass sich gerade dort, wo die Union ihre ureigenste Aufgabe sah, die gefährlichsten Risse zeigten, nämlich auf dem Gebiet der Ökonomie. Mochten ihre Gründerstaaten noch über eine vergleichbare Wirtschaftskraft verfügen, so stießen bald mehr und mehr unsichere Genossen zu dieser Gemeinschaft, bei denen es auf der Hand lag, dass sie dem entfesselten Wettbewerb des gemeinsamen Marktes nicht gewachsen waren. Das führte zunächst dazu, dass sich die Weichwährungsländer durch fortgesetzte Abwertungen zu retten versuchten. Aber dieser Ausweg stand ihnen nur offen, solange es keine gemeinsame Währung gab.

> *„Stabilitäts- und Wachstumspakt? Die Abmachungen von 1997 sind zur Lachnummer geworden."*

Um die unvermeidlichen Spannungen zu kaschieren, die sich aus diesem Konstruktionsfehler ergaben, schreckte die Union nicht davor zurück, ihre eigenen Verträge zu brechen. Schon Staaten wie Griechenland, Bulgarien und Rumänien hätte sie, wenn es mit rechten Dingen zugegangen wäre, nie aufnehmen dürfen. Die Regierung in Athen hat sich dabei durch besonders skrupellos gefälschte statistische Angaben hervorgetan, auf die Eurostat, das statistische Amt der Union in Luxemburg, jahrelang hereingefallen ist.

Mit dem Beschluß, eine gemeinsame Währung einzuführen, erreichten die Spannungen eine neue Dimension. Diese Entscheidung wurde wie

üblich in der Kulisse vorbereitet. Schon 1979 schuf die damalige EWG ein Kunstgeld namens ECU, das nur als reine Verrechnungsgröße gedacht und durch einen Korb aus Währunsen definiert war. Auch als sich der ECU 1999 in den Euro verwandelte, blieb er zunächst als reines Buchgeld eine abstrakte Größe. Erst am 1. Januar 2002 hatten ihn die Bewohner der neugeschaffenen Eurozone in der Tasche.

Der sogenannte Stabilitäts- und Wachstumspakt, seit 1997 geltendes Recht, schrieb vor, dass der Schuldenstand der Mitgliedsländer 60 Prozent und ihre Neuverschuldung 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten dürfe. Niemand hat sich um diese Regeln je gekümmert. Italien und Belgien wurden 1999 in die Eurozone aufgenommen, obwohl ihre Staatsschulden im Referenzjahr 1997 bei über 120 Prozent des BIP lagen. Aber nicht nur die schwächeren, sondern auch die schwergewichtigeren Staaten wie Frankreich und Deutschland haben den Pakt je nach Opportunität umgedeutet oder einfach ignoriert. Die Abmachungen von 1997 sind zur Lachnummer geworden.

Noch weit gravierender sollte sich eine andere Regel für die Eurozone auswirken, die im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgezurrt worden ist. Dort heißt es im Artikel 125: „Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein.“ Das gleiche gilt für die Union als Ganzes.

Natürlich fehlt es auch hier nicht an einer Gummiklausel, die es erlaubt, diese Bestimmung außer Kraft zu setzen. Der Artikel 122 eröffnet einen Notausgang. Danach kann der Rat auf Vorschlag der Kommission „aufgrund von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen“ finanzielle Nothilfen zulassen. Diesen Hebel hat der Europäische Rat benutzt, um den Vertrag auf den Kopf zu stellen.

Weil das nicht nur dem Geist und dem Buchstaben des Vertrages von Maastricht widerspricht, sondern auch denen, die zahlen sollen, schwer zu vermitteln ist, hat man zwei weitere Gefälligkeiten erfunden. Zum einen wurde die Europäische Zentralbank gezwungen, Staatsanleihen der überschuldeten Länder aufzukaufen, die weit weniger wert sind,

FOTOLIA.DE/MAGGIW

Der Euro – ein Balanceakt. Die Regierung in Athen hat sich dabei durch besonders skrupellos gefälschte statistische Angaben hervorgetan, auf die Eurostat, das statistische Amt der Union in Luxemburg, jahrelang hereingefallen ist.

als sie kosten. Mit diesen riskanten Schrottpapieren bläht sich die Bilanz der Notenbank auf. Wenn der Augenblick der Wahrheit kommt, müssen die Mitgliedsländer Kapital in die EZB nachschießen.

Ein zweiter Vorschlag geht noch erheblich weiter. Unter Berufung auf die „Solidarität“, einen Slogan, der auch schon bessere Tage gesehen hat, möchte der Präsident der Euro-Gruppe Anleihen auf den Markt bringen, sogenannte Euro-Bonds, mit denen 60 Prozent des Finanzbedarfs der schwächeren Mitglieder gedeckt werden sollen. Wie so oft wird auch in diesem Fall die Solidarität als Einbahnstraße verstanden. Niemand möchte daran erinnert werden, dass der Begriff sich von solidus herleitet, einem Wort, das einst soviel wie „haltbar, zuverlässig, gut fundiert“ bedeutet hat.

Der Geister, die sie rief, kann die Union nicht mehr Herr werden. Instrumente, wie sie seit eh und je bei einer Insolvenz gebräuchlich waren, können nicht einmal ernsthaft erwogen werden, weil sie die Märkte „beunruhigen“ und den deutschen, britischen, französischen und belgischen Gläubigerbanken schaden könnten. Wer als „systemrelevant“ gilt, braucht sich also keine Sorgen zu machen.

Schuld an der Misere ist, wenn man den Politikern Glauben schenkt, ganz allein die Spekulation. Von dieser unerfreulichen Erscheinung sprechen sie wie von einem Spuk, der schwer zu erklären und noch schwerer zu verscheuchen ist. Dabei gehört sie zur Geschäftsgrundlage des Kapitalismus. Die Spekulanten testen den Markt auf seine Schwachstellen.

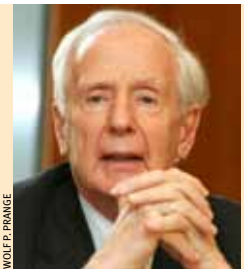
Der Europäische Rat greift in seiner Not zu einer Losung, die auch die nationalen Regierungen zu schätzen wissen: „Zu dem, was wir beschließen, gibt es keine Alternative.“ Die Kapitalmärkte haben sich das nicht zweimal sagen lassen. Sie machen sich über die Politik lustig, indem sie diesen Slogan mit einem Akronym parodieren. Es heißt TINA und bedeutet: There is no alternative.

Nicht umsonst ist alternativlos in Deutschland zum „Unwort des Jahres 2010“ gewählt worden. Dieser Begriff beleidigt die menschliche Vernunft, denn er kommt einem Denkverbot gleich. Er ist kein Argument, sondern eine Kapitulationserklärung. Wenn die Feldherren die Waffen strecken, sind es, wie immer in solchen Fällen, nicht sie, die für die astronomisch hohen Tribute an die Sieger aufkommen, sondern die Mannschaften.

„Das Rettungsrezept ist nicht neu: Sozialisierung der Verluste, Privatisierung der Gewinne.“

Dabei zahlen stets diejenigen, die an dem Debakel am wenigsten schuld sind. In welcher Form das geschieht, ist zweitrangig: Steuererhöhungen, Rentenkürzungen, Inflation, Währungsschnitt. Das Rezept ist nicht neu: Sozialisierung der Verluste, Privatisierung der Gewinne. Dass der politischen Enteignung die ökonomische folgt, entbehrt nicht der Logik. ◆

IMPRESSUM
Verleger: Detlef Prinz
Herausgeber und Chefredakteur: Bruno Waltert
Art Director: Paul Kern
Layout: Mike Zastrow
Bildbearbeitung: Manuel Schwartz
Verlag: HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH
Tempelhofer Ufer 23-24, 10963 Berlin
Telefon 030 - 21 50 54 00, Fax 030 - 21 50 54 47
info@derhauptstadtbrief.de, www.derhauptstadtbrief.de
Redaktionsschluss: 12. Dezember 2011, Druck: ESM Satz und Grafik GmbH, Berlin
Wiedergabe von Beiträgen aus dem HAUPTSTADTBRIEF stets mit der Quellenangabe:
© DER HAUPTSTADTBRIEF. Für unverlangte Zusendungen keine Haftung.



WOLF P. PRANGE

Klaus von Dohnanyi war von 1981 bis 1988 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. 1972 bis 1974 gehörte er dem Kabinett von Willy Brand als Bundesminister für Bildung und Wissenschaft an. Seit März 2011 ist der Sozialdemokrat Mitglied der Ethikkommission für sichere Energieversorgung.

Europa als Verfassungsproblem

Einen europäischen Finanzminister, der die Verteilung der Haushaltsmittel in Deutschland regelt, brauchen wir nicht

Von Klaus von Dohnanyi

Seit fast zwei Jahren befassen wir uns mit wirtschaftlichen Überlebensproblemen europäischer Staaten. Die Wirtschafts- und Finanzkrise zog Banken an den Abgrund und schlug tiefe Breschen in Auftragsbücher und Beschäftigung. Den Staaten blieb nichts anderes übrig, als Banken mit neuem Kapital auszustatten und die Wirtschaft durch öffentliche Gelder zu beleben. Das zwang die Staaten noch einmal sehr viel mehr Geld auszugeben, als sie hatten und einnahmen: Letzte Ausfahrt – Schulden.

Die Euroländer brauchen nicht die zentralistische Besserwisserei der EU-Kommission.

Nun allerdings erwies sich als fatal, dass die meisten Staaten (auch wir!) schon in noch relativ guten Zeiten allzu oft den bequemen Weg neuer Schulden gegangen waren. Und so stießen die wohlbegründen Maßnahmen auf bereits überstrapazierte Staatshaushalte. Sparen und Schuldenabbau wurden unausweichlich.

Der durch Sparen verursachte Druck auf das Wirtschaftswachstum ließ Zweifel aufkommen, ob die schwachen Länder ihre Schulden refinanzieren könnten. Für die Eurozone war das fatal. Denn hier hängt ein Euroland am Schicksal des anderen, und kein Land wäre stark genug allen zu helfen; auch wir nicht.

Wie kam es zu dieser Last – trotz eindeutiger Maastrichtregeln: Kein Schuldenstand über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und kein jährliches Defizit über 3 Prozent desselben Maßstabes? Es reichte eben nicht, dass die Eurostaaten sich versprachen, für Disziplin zu sorgen. Hier mussten schon von Anbeginn verantwortliche Institutionen das Recht haben, Sündern den Geldhahn zuzudrehen. Klagen vor dem EuGH – wohl heute beabsichtigt – versprechen auch in Zukunft keine ausreichende Sicherheit.

Die Euroländer brauchen nicht die zentralistische Besserwisserei der EU-Kommission; auch keinen europäischen Finanzminister, der die Verteilung der Haushaltsmittel in Deutschland regelt. In ihrer Verschiedenheit wissen die einzelnen Länder besser was zu tun ist. Aber die Eurozone braucht eine zentrale Macht, die zwar nicht über die Geldverwendung, wohl aber für jedes Land über die Geldmenge jenseits der 60 Prozent Grenze entscheidet. Hier liegt die verfassungspolitische Aufgabe. ◆

LUDWIG VON MISES INSTITUTE

Prof. Dr. Philipp Bagus lehrt Volkswirtschaft an der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid. Der Geld- und Konjunkturtheoretiker ist Koautor einer Studie zum isländischen Finanzkollaps (*Deep Freeze. Iceland's Economic Collapse*). Sein neuestes Buch *Die Tragödie des Euro. Ein System zerstört sich selbst* erschien im FinanzBuch Verlag.

Mehr Europa wagen

Eine Abkehr von der Schuldenpolitik und eine Rückbesinnung auf die Werte Freiheit, Vielfalt, Eigenverantwortung und Wettbewerb werden die Rettung bringen

Von Philipp Bagus

Der Euro nähert sich dem Abgrund. Dies ist kein Zufall, sondern in seiner einzigartigen Konstruktion begründet. In der Eurozone können sich mehrere Staaten über ein einziges Zentralbankensystem finanzieren.

Wenn Griechenland mehr ausgibt, als es an Steuern einnimmt, emittiert die griechische Regierung für die Differenz Staatsanleihen. Banken kaufen einen Großteil der Staatsanleihen und hinterlegen sie als Sicherheit bei der EZB für neue Zentralbankkredite. Mit den von der EZB erhaltenen Reserven können die Banken dann die Kreditmenge ausweiten. Die Geldmenge steigt und die Preise ziehen an, und zwar nicht nur in Griechenland, sondern in der gesamten Eurozone. Das griechische Staatsdefizit wird so indirekt monetisiert und seine Kosten in Form steigender Preise teilweise Ausländern, z. B. den Deutschen, aufgebürdet.

> *„Der EZB muss untersagt werden, Staatsanleihen zu erwerben oder als Kreditsicherheit zu akzeptieren."*

Da Regierungen die Kosten ihrer Defizite externalisieren können, besteht in der Eurozone ein starker Anreiz zu überhöhten Ausgaben. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) sollte diesen Anreiz eindämmen. Er scheiterte jedoch grandios. Trotz zahlreicher Überschreitungen der 3 Prozent Defizitgrenze kam es jedoch nie zu Sanktionen.

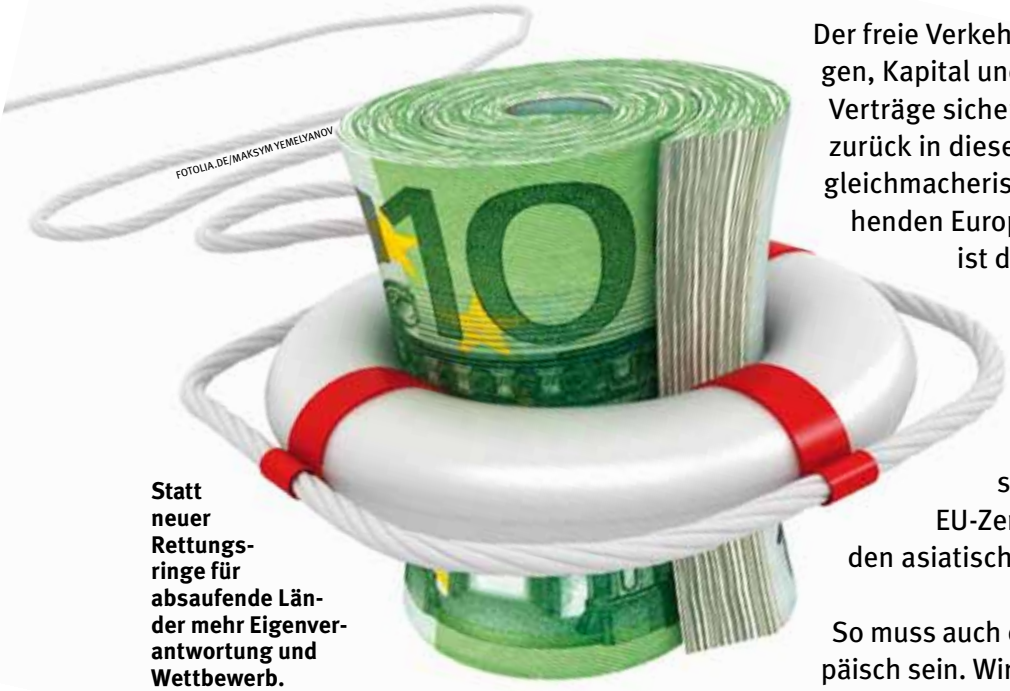
Vor allem in Südeuropa türmten sich die Schulden dank Finanzierung der EZB zu Niedrigzinsen und politischer Unterstützung des Europrojekts. Direkte Folge war eine reduzierte Wettbewerbsfähigkeit in diesen Ländern. Die dank der Defizite überhöhten Staatsausgaben erlaubten den öffentlichen Sektor auszudehnen, inflexible Arbeitsmärkte zu erhalten sowie Löhne und Lebensstandard künstlich und auf Kosten Nordeuropas zu erhöhen.

Schließlich stört die Konstruktion des Euro und die monetäre Umverteilung den Harmonie fördernden Freihandel. Durch die Rettungsaktionen kommt es zum Streit zwischen den Nationen.

Was wird nun als Lösung für die Eurokrise angepriesen?

Eurobonds, Fiskalunion oder EZB als Kreditgeber für insolvente Staaten. Diese Instrumente gehen jedoch nicht die Ursache des Problems an – die Fehlkonstruktion des Euro. Sie eliminieren nicht die monetäre Umverteilung und die Defizitanreize des Systems. Ganz im Gegenteil verschärfen

sie das Problem. Staatsanleihenkäufe der EZB machen die monetäre Umverteilung zwischen Staaten noch effizienter und sicherer. Eurobonds und Fiskalunion zementieren die Umverteilung zugunsten unverantwortlicher Regierungen, machen sie direkter und sichtbarer. Wie soll aber mehr Umverteilung von verantwortlichen und solventen Regierungen an Staaten, die über ihre Verhältnisse leben, das Problem lösen?



Statt neuer Rettungsringe für absaufende Länder mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb.

Durch die Rettung insolventer Staaten wird Verschwendung belohnt. Der Anreiz zu Defiziten bleibt bestehen, Überschuldung wird prämiert und der Anreiz zu Reformen sinkt. Man gießt weiter Öl ins Feuer.

Zudem wird mehr Macht an Brüssel oder die EZB transferiert. Die vorgeschlagene Zentralisierung durch eine Fiskalunion oder eine der Politik dienende EZB drohen den Wettbewerb auszuschalten. Vor allem der Steuerwettbewerb – ein Bollwerk gegen staatliche Allmachtsgelüste – könnte durch Harmonisierung in einer Fiskalunion ausgeschaltet werden.

Zentralisierungsforderungen wie eine europäische Wirtschaftsregierung sind zutiefst antieuropäisch. In seiner Geschichte ist Europa dezentral organisiert gewesen und hat sich durch eine Vielzahl konkurrierender Politikmodelle ausgezeichnet. Durch Wettbewerb und Vielfalt wurde Europa zum Kern der Zivilisation. Bei Erfindungen, kultureller Blüte von Literatur, Musik und Kunst, sowie Wirtschaftswachstum erreichte Europa am Ende des 19. Jahrhunderts bei einer politisch dezentralisierten Struktur und Freihandel seinen Spitzenplatz in der Welt.

Der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen, den die Römischen Verträge sichern, war ein wichtiger Schritt zurück in diese Tradition. Ein zentralistischer, gleichmacherischer EU-Staat steht einem blühenden Europa jedoch entgegen. Bis heute ist die Errichtung eines Reichs in Europa trotz verschiedener militärischer Versuche, z. B. durch Napoleon oder Hitler, immer gescheitert. Die propagierte Schuldenvergesellschaftung und ein allmächtiger EU-Zentralstaat stehen historisch den asiatischen Riesenreichen näher.

So muss auch die Lösung der Eurokrise europäisch sein. Wir brauchen wieder mehr Freiheit und Wettbewerb in Europa. (Zwischen)staatliche Umverteilung und durch Defizite finanzierte Ausgabenprogramme sind zu vermeiden. Automatische Sanktionen eines reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakts müssen die Defizite begrenzen. Dem monetären Schuldenstaat ist mit einem klaren Bailout-Verbot entgegenzutreten. Aber nicht nur Staaten muss die Rettung überschuldeter Regierungen verboten werden, auch der EZB. Ihr muss untersagt werden, Staatsanleihen zu erwerben oder als Kreditsicherheit zu akzeptieren.

Auch wenn die wahren Europaskeptiker dies nicht hören wollen: Nur eine Abkehr von der Schuldenpolitik und eine Rückbesinnung auf die traditionellen europäischen Werte wie Freiheit, Vielfalt, Eigenverantwortung und Wettbewerb werden die Rettung bringen. Die Lösung heißt daher weniger Brüssel und mehr Europa. ◆

CHRISTIAN KRUPPA

Dr. Hans Kremendahl ist habilitierter Politikwissenschaftler. Der Sozialdemokrat war Staatssekretär im Senat von Berlin und Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal. Heute ist er als Politikberater und Publizist tätig.

Welches Europa brauchen wir?

EU und Euro-Zone bieten ein diffuses Bild. Ganz klar: Eine Neuordnung der Strukturen tut not. Am Ende könnte aus Europa ein funktionierender Staatenbund werden

Von Hans Kremendahl

Die Gipfel der Euro-Staaten vom 27. Oktober 2011 hat eines richtig gemacht: Der überfällige Schuldenschnitt für Griechenland wurde beschlossen. Ob die übrigen Kernbeschlüsse – Hebelung der EFSF, der *Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität*, und Rekapitalisierung der Banken – letztlich greifen werden, bleibt abzuwarten. Aber auch nach diesem Gipfel zeigte sich das Dauerphänomen der geringen Halbwertzeit: Das griechische Spiel um ein mögliches Referendum und die Regierungskrisen in Athen und Rom zerstörten die erhoffte Beruhigungswirkung für die Finanzmärkte umgehend!

Ein Weiter so geht nicht mehr

Auch dem gutwilligsten Europäer dürfte damit klargeworden sein, dass die bisher betriebene Ad-hoc-Politik wirkungslos verpufft und so nicht weitergeführt werden kann. Was Europa dringend braucht, ist eine Stabilität seiner Entscheidungsprozesse und eine Nachhaltigkeit der dabei gefundenen Inhalte. Ebenso notwendig ist eine klare Abgrenzung von Kompetenzen.

Immer mal wieder wird über ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ diskutiert. Diese Diskussion ist überflüssig: Wir haben längst ein multigeschwindes Europa. 17 EU-Länder gehören der Euro-Zone an, 10 nicht. Innerhalb der Euro-Zone klaffen erhebliche Unterschiede in Wirtschaftskraft, Haushaltssolidität und Entwicklungsstand. Dementsprechend bilden sich jenseits der vertraglich geschaffenen Institutionen informelle Hierarchien heraus: Die stärksten Geberländer (voran Deutschland) trumpfen auf, die Nehmerländer müssen sich Eingriffe in ihre Entscheidungsprozeduren gefallen lassen, die in normalen Zeiten jeder souveräne Staat entschieden ablehnen würde.

> *„Die EU macht den Eindruck eines Zuschauers, der nur folgenlose Zwischenrufe von sich gibt.“*

Die EU, ihr Parlament und ihre Kommission machen den Eindruck eines Zuschauers, der nur gelegentlich folgenlose Zwischenrufe von sich gibt. Kommissionspräsident Barroso äußert sich ab und an mahnend, der ständige Ratspräsident van Rompuy ist fast unsichtbar.

Und jüngst hat das Bundesverfassungsgericht mit der Aufhebung der Fünf-Prozent-Klausel bei den Europawahlen in Deutschland unfreiwillig demonstriert, wie gering die Macht des Europäischen Parlaments ist: Es wählt keine Regierung, es teilt sich die Gesetzgebung mit dem Europäischen Rat, es bedarf folglich keiner stabilen

Mehrheiten! Nebenbei bemerkt: Das Desinteresse und die geringe Beteiligung bei Europawahlen vermitteln diesen Eindruck schon seit langer Zeit.

Nachhaltigkeit für die Euro-Zone tut not

Das erste Gebot ist, für die Euro-Zone die Flickschusterei zu überwinden und nachhaltige Prozeduren zu schaffen. Es gibt kein Zurück hinter den Euro. Zwar sollte das Ausscheiden des einen oder anderen Landes nicht ausgeschlossen werden, wenn die Risiken der Gemeinschaft untragbar zu werden drohen. Aber ein Rückfall in die nationalen Währungen würde den Binnenmarkt zerstören – und nicht zuletzt der deutschen Exportwirtschaft schaden. Deshalb sollte die bevorstehende Diskussion um den dauerhaften *Europäischen Stabilitätsmechanismus* (ESM) genutzt werden, um klare Strukturen zu schaffen und Weichen für die Nachhaltigkeit zu stellen. Dazu könnten (und müssten) gehören:

- Statt der „Mechanismen“ und „Fazilitäten“ wird eine Institution geschaffen, die für das operative Geschäft gemeinsamer Garantien für Staatsanleihen zuständig ist. Ob man sie Europäischen Währungsfonds oder anders nennt, ist zweitrangig. Sie sollte von hochqualifizierten Fachleuten (nicht nur Bankern) geführt und von den Finanzministern der Euro-Länder kontrolliert werden. Dabei ist eine Grenze zu beachten: Alle Beschlüsse, die zu Haushaltsbelastungen und -risiken der Mitgliedsländer führen, bedürfen der Zustimmung der nationalen Parlamente. Das Bundesverfassungsgericht hat hier in seinem Urteil vom 7. September 2011 eine klare rote Linie gezogen: “Jede ausgabenwirksame solidarische Hilfsmaßnahme des Bundes größeren Umfangs im internationalen oder unionalen Bereich muss vom Bundestag im Einzelnen bewilligt werden.“ Das setzt der Entwicklung zur Haftungsgemeinschaft und der Reichweite einer gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftspolitik deutliche Grenzen.

- Die angestrebte höhere Kernkapitalquote für Banken ist im Prinzip richtig. Sie darf allerdings nicht dazu führen, dass die Kreditversorgung von mittelständischen Unternehmen und Privathaushalten leidet. Eine europäische Kreditklemme wäre Gift für die Konjunktur. Deshalb sind die in Basel III vorgesehenen Regelungen zu überarbeiten: Die Risikogewichtung für Unternehmenskredite von bisher 75 Punkten muss abgesenkt, die für Staatsanleihen von null Punkten angehoben wer-

Das Kunststück bei Rubiks Zauberwürfel ist, alles passend auf die Reihe zu kriegen. Versuchen Sie das mal mit der EU-Spitze: Kommissionspräsident Barroso (Mitte) äußert sich ab und an mahnend, der ständige Ratspräsident Van Rompuy ist fast unsichtbar, und Lady Ashton, die Außenbeauftragte, macht was?

den. Letztere ist ohnehin dramatisch ad absurdum geführt, nicht zuletzt von den Finanzmärkten selbst.

- Der G20-Gipfel in Cannes hat sich erwartungsgemäß nicht zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer geäußert. Ein Konsens über deren Einführung ist weltweit nicht in Sicht und selbst EU-weit kaum durchsetzbar. Deshalb muss sie in der Euro-Zone kommen! Das war auch Bestandteil des Bundestagsbeschlusses zur EFSF. Diese Steuer ist notwendig, um Einnahmen zu generieren und spekulative Transaktionen zwar nicht zu verhindern, aber zu bremsen und zu „entschleunigen".

- Und schließlich: Notwendig ist eine Art europäisches Konjunkturprogramm. Gerade hat die EU-Kommission eine Wachstumswarnung herausgegeben. Kein Wunder: Sparmaßnahmen, wie sie Griechenland, Italien, Spanien, Portugal und Irland auferlegt worden sind, bremsen die Konjunktur und führen zu geringeren Steuereinnahmen, was wiederum die Schuldentragfähigkeit der betroffenen Länder verringert.

- Notwendige Haushaltskonsolidierung ja – aber sie muss einhergehen mit Investitionsförderung, Innovationsprojekten und dem Aufbau einer leistungsfähigen mittelständischen Wirtschaft. Hier sind Gelder des EFSF, des IWF oder der EU besser investiert als in der Verminderung der Wertberichtigungen, die Banken und andere Anleger für nicht einbringbare Schulden einzelner Euro-Länder vornehmen müssen.

Ein Europa der Vaterländer könnte es richten

Aus dem heterogenen Europa der vielen Geschwindigkeiten wird kein Bundesstaat. Dazu sind die nationalen Interessen der einzelnen Mitgliedsländer der EU, auch der Euro-Zone, zu verschieden. Charles de Gaulles „Europa der Vaterländer" ist und bleibt Realität. Und nur auf der Basis eines gesunden Patriotismus, der nichts mit Nationalismus zu tun hat, wird der europäische Gedanke Kraft und Zustimmung gewinnen. Aus der Einsicht, dass vieles nur noch auf europäischer Ebene wirksam zu regeln ist – und vor allem weil das vereinte Europa diesem alten Kontinent erstmals eine dauerhafte Friedensordnung beschert hat.

Deshalb sollte Europa ein funktionierender Staatenbund werden. Mit klaren Kompetenzen für die Themen, die nur europaweit sinnvoll zu entscheiden sind. Und mit einer Belassung all dessen in nationaler Verantwortung, was nicht zwingend europäisch geregelt werden muss. Dabei sollte das Prinzip der Subsidiarität gelten: Die Kompetenzvermutung für die kleinere Gemeinschaft!

„Aus dem heterogenen Europa der vielen Geschwindigkeiten wird kein Bundesstaat."

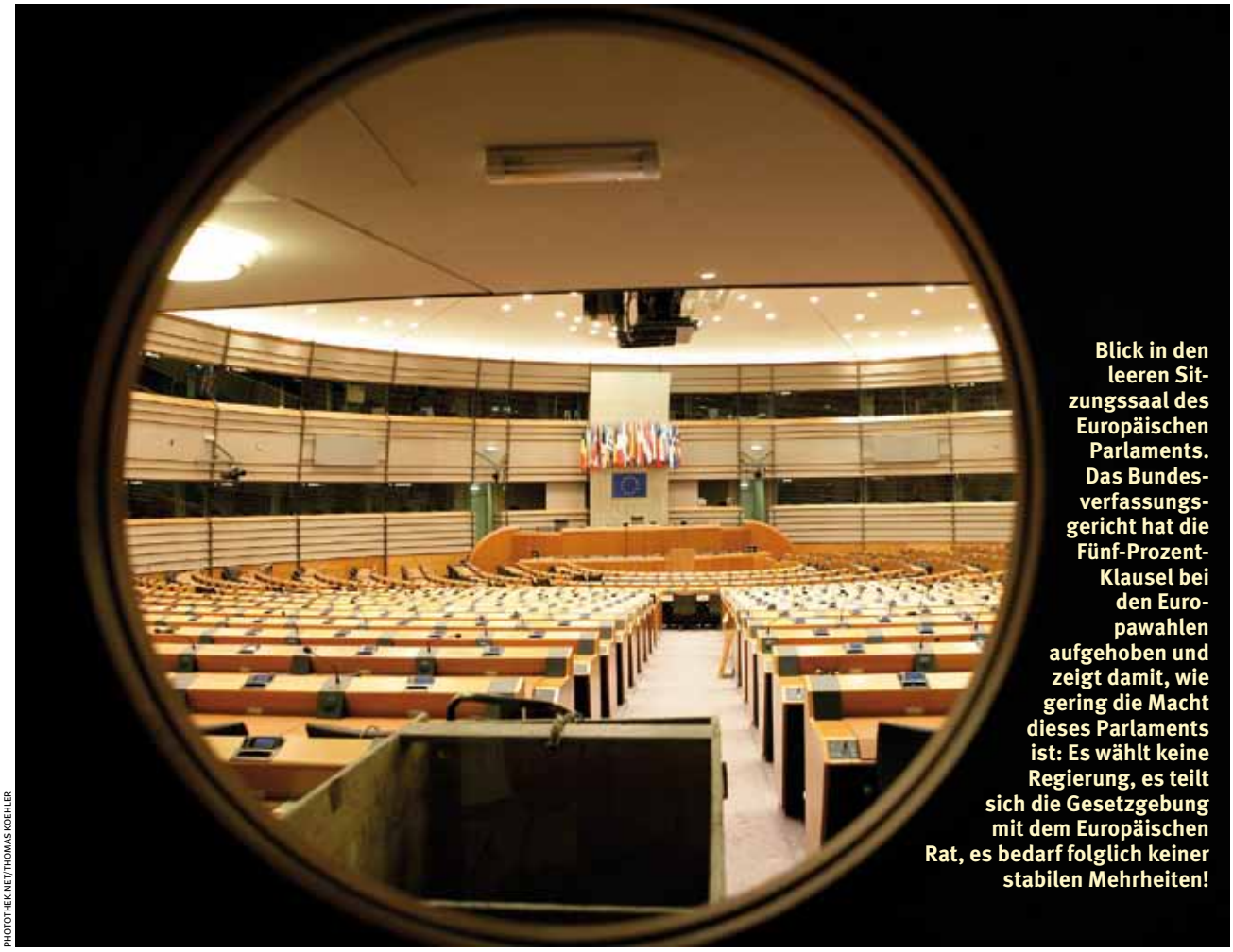
Ein Beispiel: Fast hätte die EU dem deutschen Sparkassensystem die Grundlage entzogen. Aus angeblich beihilferechtlichen Gründen. Zum Glück ist dies nicht geschehen – ohne die kommunalen Sparkassen hätten vor allem mittelständische Unternehmen die Finanz-und Wirtschaftskrise 2008/2009 nicht so schnell und so wirksam überwunden.

Andererseits: Das peinliche Bild unterschiedlichen Abstimmungsverhaltens zur Libyen-Resolution zwischen den europäischen Ländern im UN-Sicherheitsrat machte nicht den Eindruck einer starken, in fundamentalen Wertfragen einigen Union. Wenn es einen Bereich gibt, in dem Europa mit einer Stimme sprechen sollte, dann ist es die Außen- und Sicherheitspolitik. Deshalb muss es in Zukunft vor wichtigen Entscheidungen der NATO oder gar der UN eine verbindliche Koordination der EU-Staaten geben. Das wäre eine Funktion der Außenbeauftragten der EU-Kommission, in enger Abstimmung mit den Außenministern der Mitgliedstaaten.

Ein weiteres Beispiel: Nach dem deutschen Ausstieg aus der Kernenergie wird eine sichere, wirtschaftliche und ökologische Energieversorgung nicht nur mit Off-Shore-Windanlagen oder Desertec, sondern mindestens ebenso mit dezentralen Versorgungsstrukturen (örtliche Windkraft- und Solaranlagen, Pumpspeicherwerke, Kraft-Wärme-Kopplung, Blockheizkraftwerke) zu gewährleisten sein. Damit bekommen die kommunalen Stadtwerke eine sehr viel größere Bedeutung. Hier darf die EU nicht aus Wettbewerbsdogmatismus eingreifen, z. B. Ausschreibungen erzwingen oder Druck auf Privatisierungen ausüben. Hier muss das Subsidiaritätsprinzip uneingeschränkt greifen.

Etwas ganz anderes wäre der Versuch, zu einer europaweiten Energiewende zu kommen. Dazu wäre eine kraftvolle Koordination durch den zuständigen EU-Kommissar unerlässlich – und eine politische Willensbildung durch ein Europäisches Parlament, dessen Wahl durch solche Entscheidungsfragen deutlich politisiert und damit demokratisiert würde.

Aufgrund der gemeinsamen Währung sollte die Euro-Zone bei einer solchen Abgrenzung zwischen Gemeinschafts- und Einzelkompetenzen vorangehen. Und auch hier gilt: Zuerst muss jedes Land aus eigener Kraft seine Probleme zu lösen versuchen. Erst wenn dies unmöglich ist, kann und darf die Gemeinschaft eintreten. Und auch das nur bis zu Grenzen, die zumutbar erscheinen. In der Bankenkrise 2008 hieß es, einige Banken seien zu groß um in die Pleite zu gehen: Too big to fail. Staaten wie Italien, Spanien oder gar Frankreich sind zu groß, um von der Gemeinschaft aufgefangen zu werden: Too big to be rescued! ◆



Blick in den leeren Sitzungssaal des Europäischen Parlaments. Das Bundesverfassungsgericht hat die Fünf-Prozent-Klausel bei den Europawahlen aufgehoben und zeigt damit, wie gering die Macht dieses Parlaments ist: Es wählt keine Regierung, es teilt sich die Gesetzgebung mit dem Europäischen Rat, es bedarf folglich keiner stabilen Mehrheiten!

PHOTOTHEK.NET/THOMAS KOEHLER

Das dicke Ei des Monsieur

Die EU muss sparen – aber ihr Ratspräsident gönnt sich einen

Es soll ein architektonisches Meisterwerk werden: Angebaut an die denkmalgeschützte Fassade des 90 Jahre alten „Résidence Palace“, entsteht am einstigen Sitz des internationalen Pressezentrums das neue EU-Ratsgebäude. Der Europäische Rat brauche mehr Platz, heißt es zur Begründung. Nach der Erweiterung der EU um neue Mitgliedstaaten sei das derzeitige Gebäude zu eng. Nun soll dieses Projekt Abhilfe schaffen. Geplant für 240 Millionen Euro, sind die Kosten auf 290 Millionen Euro gestiegen, sagt der Europäische Steuerzahlerbund.

Der Glaspalast mit den Arbeitsräumen für den Präsidenten des Europäischen Rates und seinen Stab wird Konferenzsäle mit Dolmetscherkabinen und den Pressebereich aufnehmen. Hinzu kommen fünf weitere Sitzungssäle, Büros für die Delegationen sowie Restauranteinrichtungen.

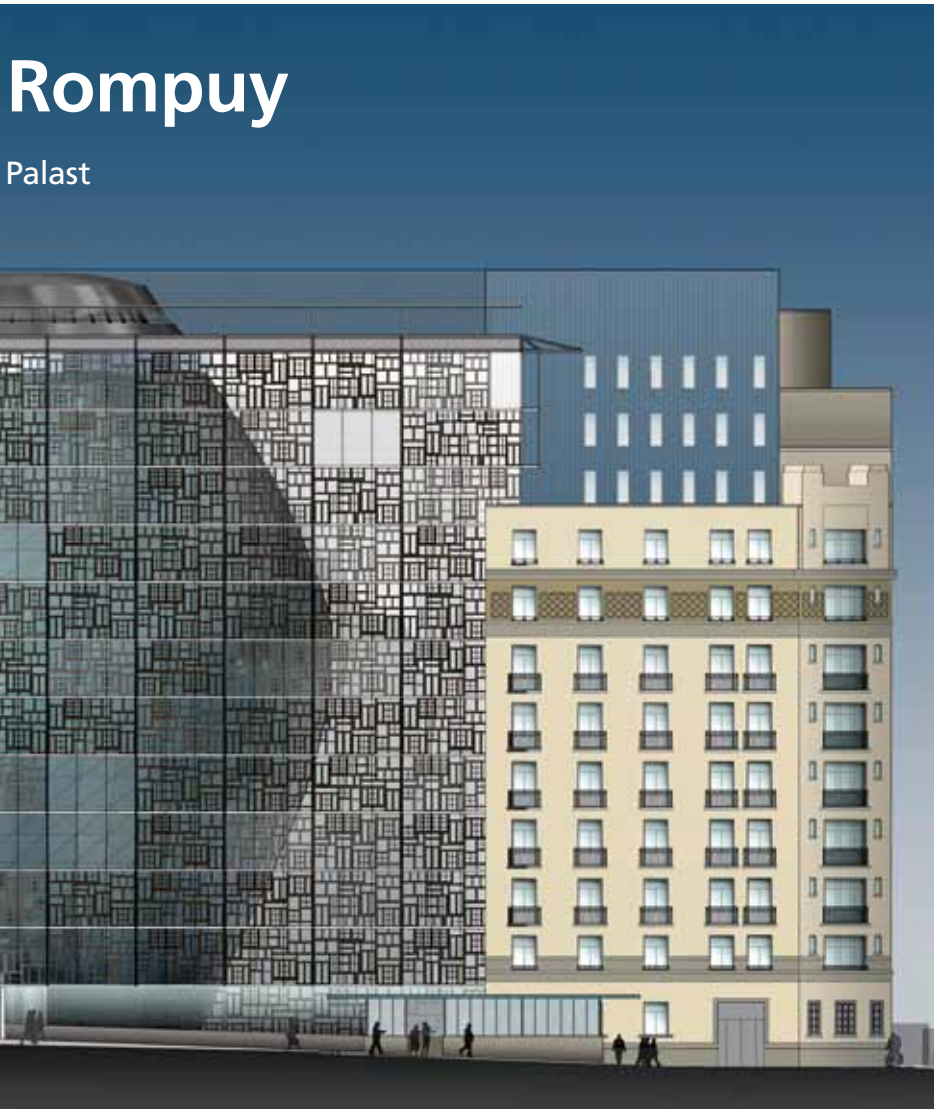
Während der Debatte über die Rettung Griechenlands beglückte Bauherr und Ratspräsident Herman Van Rompuy die Staatschefs mit einer

PICTURE-ALLIANCE/DPA/DPAWEB/DB ARCHITEKTENBÜRO SAMYN AND PARTNERS

PICTURE-ALLIANCE/DPA/DPAWEB/DB ARCHITEKTENBÜRO SAMYN AND PARTNERS

Rompuy

Palast



Hochglanzbroschüre als Sahnehäubchen zum Dinner. Die Reaktionen der Anwesenden fielen schmallippig aus. David Cameron, der britische Premierminister, äußerte gegenüber „The Guardian“ wenig Verständnis für des Ratspräsidenten Baulust: „Man wundert sich, ob diese Institution wirklich versteht, was jedes Land, was jeder einzelne von uns durchmacht, wenn wir die Budgets kürzen und versuchen, unsere Finanzen in den Griff zu kriegen.“

Der Generalsekretär des Europäischen Steuerzahlerbunds, Michael Jäger, wurde noch deutlicher. Dieser Glaspalast sei „vielleicht architektonisch ein Traum, aber für die Steuerzahler Europas ist es ein Trauma“.

Christina Oberstein

Ein 37 Meter hoher gläserner Würfel soll sich Anfang 2014 an der „Rue de la Loi“ erheben (oben). Die Glasfront mit ihrem Patchwork-Geflecht aus alten, recycelten Eichenholzfensterrahmen (unten rechts) beschützt im Inneren ein eiförmiges Gebilde mit den Konferenzräumen (unten links). Photovoltaik-Paneele auf dem Dach werden den Glaspalast mit Strom versorgen (unten Mitte).

REUTERS/PHILIPPE SAMYN AND PARTNERS

PICTURE-ALLIANCE/DPA/DPAWEB/DB ARCHITEKTENBÜRO SAMYN AND PARTNERS

ROLAND BERGER STRATEGY CONSULTANTS HOLDING

Roland Berger ist Gründer und Ehrenvorsitzender der Unternehmensberatung *Roland Berger Strategy Consultants*. 2008 gründete er die Roland Berger Stiftung, die jährlich den *Roland Berger Preis für Menschenwürde* und Stipendien für sozialbenachteiligte Jugendliche vergibt.

„Der Bürger sieht im Moment nur heraufziehendes Chaos“

Was Roland Berger im Gespräch mit dem HAUPTSTADTBRIEF zur Behebung der Euro-Krise vorschlägt

Herr Barroso fordert mehr Macht für die Kommission. Ist das angesichts der gegenwärtigen europäischen Struktur der richtige Weg?

ROLAND BERGER: Für die 17 Länder, die heute Mitglied der Eurozone sind, brauchen wir eine gemeinsame Wirtschafts-, Wettbewerbs- und vor allem Fiskal- und Haushaltspolitik nach gemeinsamen Regeln, die sich klar nach den Stabilitätskriterien des ursprünglichen Maastricht-Vertrags richten und auch sanktionsbewehrt ausgestaltet werden müssen.

Das Problem mit Barroso ist erst einmal: Ist die Europäische Kommission überhaupt die richtige Instanz? Denn die Europäische Kommission ist nicht für die 17 Eurostaaten, sondern für alle 27 EU-Mitglieder zuständig. Zweitens wird diese Europäische Kommission auf eine Art und Weise gewählt, der die ursprüngliche Legitimation, wie sie eine deutsche Bundesregierung hat, fehlt.

Die deutsche Bundesregierung wird gewählt von einem Parlament, das vorher vom Volk gewählt wurde, und gemäß einer Verfassung, die sich auf eine repräsentative Demokratie geeinigt hat. Die Regierung kann handeln, braucht aber für jede ihrer Handlungen wiederum die Zustimmung des Parlaments. Das ist auf europäischer Ebene anders. Das europäische Parlament hat zwar ein gewisses Anhörungsrecht für die einzelnen Kommissionsmitglieder, aber die Europäische Kommission ist keine vom Parlament und damit auch keine von der europäischen Bevölkerung gewählte Regierung.

Das dritte Problem ist: Die Entscheidungen, die in Brüssel getroffen werden, werden ja in Wirklichkeit weder von der Kommission getroffen noch vom europäischen Parlament ratifiziert, sondern sie werden von diversen Räten, etwa vom europäischen Rat der Regierungschefs oder vom Rat der Finanzminister oder vom Rat der Außenminister hinter verschlossenen Türen getroffen, in der Regel frühmorgens um drei Uhr, anschließend übermüdet verkündet und müssen dann von der Kommission vollzogen werden. Das europäische Parlament hat zu wenig mitzureden.

> *„In der Krise helfen, ja. Aber es darf kein Fass ohne Boden aufgemacht werden.“*

Wir müssen uns deutlich die Frage vorlegen: Wie kann eine Europäische Union und/oder eine Eurozone institutionell transparent und legitim gestaltet werden, sodass sie effektiv und effizient dieses Gebilde EU dann auch

wirklich regieren oder jedenfalls führen kann? Da reicht der Lissabon-Vertrag nicht aus.

Klaus von Dohnanyi hat unlängst ein Konzept für ein Europa, das handlungsfähig ist, gefordert. Er vertrat die Auffassung, die Währung Euro und die Struktur der europäischen Gemeinschaft seien nicht kompatibel. Teilen Sie das?

Ja, sicher. Das sind zwei unterschiedliche Gebilde. Wir müssen jetzt die Frage ernsthaft angehen, wie wollen wir diese Europäische Union und diese Eurozone institutionell gestalten und ihren Entscheidungsprozessen die nötige demokratische Legitimation beim europäischen und bei den jeweiligen nationalen Wählern geben, damit die Glaubwürdigkeit Europas und der europäischen Idee, der europäischen Integration und des Euro und der Eurozone wiederhergestellt wird. Ich bin da mit Herrn von Dohnanyi einer Meinung.

Und noch etwas erscheint mir wichtig: Bevor wir jetzt drüber nachdenken, ob die Eurozone oder die EU neue Mitglieder aufnimmt, sollten wir erst einmal versuchen, beide Zonen in Ordnung zu bringen, zu konsolidieren und sie auf institutionell und prozessual funktionierende und legitimierte Strukturen bringen.

Verstehen Sie, dass die Menschen in Deutschland die Euro-Diskussion kaum noch verstehen und immer weniger Vertrauen in die europäischen Mechanismen haben?

Ja, gut sogar; denn im Moment ist die Europäische Union in einer Existenzkrise, weil ihre Mitgliedsländer bis auf zwei oder drei Ausnahmen alle Spielregeln verletzten und die europäischen Verträge nur noch auf dem Papier stehen. Jeder Bürger merkt, dass der Euro, den er durch seine tägliche Arbeit verdient, von dem er lebt, seine Familie ernähren und seinen Kindern eine Zukunft sichern will, dass dieser Euro auf einer schwankenden Grundlage steht, die von allen möglichen Kräften wie etwa Rating-Agenturen und Finanzinvestoren aus USA und China abhängt.

FOTOLIA.DE/MEKCAR

Knittrig, aber sonst heil: Wir brauchen eine Vision, warum wir an diesem Europa und dem Euro festhalten wollen.

Der Bürger sieht im Moment in Europa eigentlich eher heraufziehendes Chaos als eine organisierte und in sich konsolidierte und damit vertrauenswürdige Europäische Union. Das ist das eine. Das Zweite ist: Wir haben Frieden, Freiheit und Menschenrechte in Europa

zu sichern und eine prosperierende marktwirtschaftlich organisierte Wirtschaftszone. Viele Jahre haben wir Demokratie und steigenden Wohlstand erleben dürfen. Wir brauchen nun eine neue, auch für die jetzige, die junge Generation attraktive Vision von Europa. Denn sie soll doch künftig keine Randrolle auf dieser Welt spielen und sich die Spielregeln von Supermächten wie China und Indien und vielleicht noch den USA vorgeben lassen müssen.

Halten Sie es für einen Sündenfall, dass die Europäische Zentralbank Staatsanleihen aufkauft, um Länder am Leben zu erhalten?

Das ist mit Sicherheit ein Sündenfall. Es widerspricht der Verfassung der Europäischen Zentralbank, ihrem Auftrag und dem Zentralbankgesetz. Und alle Experten, an erster Stelle der Chef der Bundesbank, Jens Weidmann, sagen das auch sehr deutlich. Auch der Bundespräsident hat in seiner Rede am Bodensee vor den weltweiten Wirtschaftsnobelpreisträgern gesagt, hier handele es sich rechtlich um einen Umgehungstatbestand.

„Dass die Europäische Zentralbank marode Staatsanleihen kauft, ist mit Sicherheit ein Sündenfall."

Was sagen Sie denen, die mit dem Argument kommen, Deutschland hätte am meisten vom Euro profitiert und deshalb müssten wir solidarisch die Lasten der anderen mit unseren Steuermitteln auffangen?

Ich halte die Argumente für falsch. Wir tun in Deutschland so, als sei der Exportüberschuss ein Heiligtum, ein Wert an sich. Für mich ist eine Wirtschaft dafür da, Wohlstand, Sicherheit und Lebensqualität der Bürger zu mehren. Und unter diesen Aspekten kann ich nur sagen: In den ersten zehn Jahren des Euro ist Deutschlands Wirtschaft weniger gewachsen als die jedes anderen Mitglieds der Eurozone, nämlich nur um 1,2 Prozent pro Jahr. Zweitens war Deutschland bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt 1994 – nach der Wiedervereinigung also – Nummer 4 im Wohlstandsranking der Euroländer. Und zehn Jahre später waren wir Nummer 11. Heute sind wir, glaube ich, Nummer 9, stehen jedenfalls vergleichsweise deutlich schlechter da als vor dem Euro. Die Exporte in die Eurozone haben ebenfalls relativ abgenommen von über 46 auf 41 Prozent. Der Außenwert des Euro ist derzeit rückläufig und die Inflationsraten steigen, im Gegensatz zu den ersten zehn Jahren nach Einführung der Gemeinschaftswährung.

Wenn Sie heute der Bundesregierung einen Rat geben sollten, was würden Sie ihr sagen?

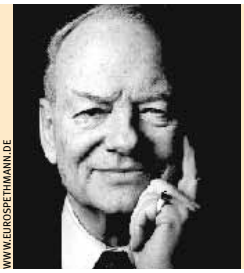
Wir müssen sicherstellen, dass wir Deutsche ein Stimmengewicht in den europäischen Institutionen und bei deren Entscheidungen haben, das unserer Bevölkerung und unserer Wirtschaftskraft in etwa entspricht. Es darf nicht sein, dass wir wie im Direktorium der Europäischen Zentralbank das gleiche Stimmrecht haben wie Malta oder Zypern. Das mag sinnvoll gewesen sein, solange die Europäische Zentralbank sich nur auf die Preisstabilität konzentriert hat. Aber wenn die EZB Staaten finanziert und wir Deutsche mit unserem Anteil von 27 Prozent am Kapital der Europäischen Zentralbank haften, dann stimmt die Verfassung dieser Institution nicht mehr. Wir dürfen uns nicht Mehrheitsentscheidungen von Ländern mit einer sehr viel geringeren Bevölkerungszahl und einem sehr viel geringerem ökonomischen Gewicht aussetzen.

Und wir brauchen eine Vision, warum wir an diesem Europa und an diesem Euro festhalten wollen und dafür auch bereit sein sollen, einmal für eine absehbare Zeit von maximal sieben mageren Jahren den Gürtel enger zu schnallen, wie wir das beispielhaft für die Wiedervereinigung getan haben. Aber es darf kein Fass ohne Boden aufgemacht werden. ◆

Dräger

Technik
für das Leben

www.draeger.com



Professor Dr. jur. Dr.-Ing. E.h. Dieter Spethmann ist Rechtsanwalt in Düsseldorf. 1973 bis 1991 war er Vorsitzender des Vorstands der Thyssen AG. Unter seiner Führung wuchs der Umsatz von zehn auf 36 Milliarden DM. Im Juli 2011 erschien sein aktuelles Buch *Der Euro plündert Deutschland*.

„Full employment in a free society“

Vollbeschäftigung ist das höchste Ziel, das eine freie Gesellschaft anstreben kann. Deutschland war ihm nach vierzig Jahren 1989/90 so nah wie nie zuvor. Seither wird es von der EU zunehmend für die „Gemeinschaftskasse“ herangezogen

Von Dieter Spethmann

Im Sommersemester 1946 gab uns Kieler Studenten der englische Wissenschaftler Beveridge eine Vorlesung über „Full employment in a free society“. Wir waren arm, hungrig und leer, aber diese Vorlesung elektrisierte uns. Beveridges Thesen bereiteten den Boden für Ludwig Erhard und seine soziale Marktwirtschaft, die zwei Jahre später folgen sollten. Ihre Leitbilder begleiten mich seit 65 Jahren.

Zu meinem Glück ging der 1948 ebenfalls in der britischen Besatzungszone, in Bonn, eingesetzte „Parlamentarische Rat“ genau diesen Weg, als er das Grundgesetz erarbeitete, die Verfassung, nach der wir seit 1949 regiert werden. Also Vollbeschäftigung per Eröffnung? Mitnichten. Als die Bonner Republik 1949 ins Leben trat, herrschte millionenfache Arbeitslosigkeit, mussten 12 Millionen Ostflüchtlinge in die westdeutsche Gesellschaft integriert werden. Aber es wirkten geheimnisvolle Kräfte, gesteuert vom neuen Bundeskanzler Adenauer und seinem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard. Die 1948 von den Westalliierten eingeführte Währung, die D-Mark, erwies sich unter der Ägide von Erhard als das Zaubermittel der preisgesteuerten Lenkung. Arbeitsplätze entstanden sozusagen über Nacht, überall im Land verteilt. Schon Mitte der fünfziger Jahre wurden Arbeitskräfte aus Nachbarländern hinzugebeten, und 1960 erging die erste Einladung an die Türkei – kürzlich feierten wir den 50. Jahrestag. Ja, man kann sagen, dass die Bonner Republik 1960, fünfzehn Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation, Vollbeschäftigung erreicht hatte. Ein erstaunliches Ergebnis. Man sprach vom „Wirtschaftswunder.“

> *„Für unsere „Überschüsse“ erhalten wir fremdgedruckte Euros, die für uns wertlos sind.“*

Und das in einer „Freien Gesellschaft?“ Ja, das möchte ich behaupten. Ich erinnere aus dem Jahr 1960 keine Bürgerbeschwerden über verfassungswidrige Einschränkungen von Bürgerfreiheiten.

Aber heute hat Deutschland keine Vollbeschäftigung mehr, und von einer „freien Gesellschaft“, die derjenigen von Deutschland 1960 vergleichbar wäre, kann auch nicht die Rede sein. Was ist passiert?

Anfangs herrschte Landfrieden. Erhard hatte für Tarifautonomie gesorgt, die Arbeitnehmerschaft für zielgerichtete Gewerkschaften und Adenauer Ende 1952 für ein Betriebs-

verfassungsgesetz, mit dem die Rechte der Betriebsräte und der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten festgeschrieben wurden.

Dieser Landfrieden wurde durch die ersten Europa-Verträge gestärkt. Großes Glück war die Initiative des Pariser Ministers Robert Schuman, aus Luxemburg gebürtig, für einen Gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl. Er trat 1952 in Kraft und brachte uns Deutschen die Befreiung vom Ruhrstatut (Stahlproduktion 11 Millionen Tonnen) – 1974 produzierten wir 54. Dem folgten 1957 die Römischen Verträge mit dem Großen gemeinsamen Markt. Der EWG-Vertrag definiert als Ziel einen Europäischen Binnenmarkt für die sechs Teilnehmerstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Benelux), der ohne Binnengrenzen den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet. Daran wird seither mit Erfolg gearbeitet.

Als Spitze unseres Glücks erwies sich unsere D-Mark. Wir Deutschen durften und konnten aufgrund unserer von Jahr zu Jahr steigenden Überschüsse im Außenhandel unsere Währung in eigener Entscheidung aufwerten, was die Kaufkraft der D-Mark von 25 Dollarcents in 1969 auf 75 in 1989 steigerte und eine dramatische Verbilligung unserer Importe erlaubte, also eine vorher nicht für möglich gehaltene Steigerung unseres Massenwohlstands. Unser Pro-Kopf-Einkommen war bis 1989/90 in die Welt-Spitzengruppe gestiegen.

Diese Spitzenstellung macht uns die EWG, inzwischen zur EU mutiert, seit dem Maastricht-Vertrag (1992) zunehmend streitig. Das ist die für meine Begriffe entscheidende qualitative Veränderung unserer EU-Mitgliedschaft, und die können wir nicht hinnehmen. Denn der EU-Vertrag definiert als Ziel einen Europäischen Binnenmarkt, der ohne Binnengrenzen den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet.

Mit der Euro-Einführung aber haben wir den Niedrigzinsvorteil der D-Mark verloren. Macht bis zu 4 Prozent unseres BIP oder rund 100 Milliarden Euro pro Jahr aus. Dafür zahlen andere zu niedrige Zinsen.

Die Kehrseite der deutschen „Überschüsse“ ist, dass unsere Volkswirtschaft dafür nur Papiergeld erhält, fremdgedruckte Euros, die für uns wertlos sind. Also verschenken wir unsere Überschüsse – übrigens auch die gegenüber Drittländern erzielten, weil wir die entsprechenden „Devisen“ der EZB schenken, so dass diese damit die Außenhandelsdefizite von Frankreich & Co bezahlen kann. Macht für uns alles zusammen in 2011 rund 140 Milliarden Euro oder knapp 6 Prozent des BIP. Das senkt unseren Lebensstandard (Pro-Kopf-Einkommen oder BIP) und mehrt den der anderen.

So funktioniert ein Binnenmarkt

Liefert das Nicht-Euro-EU-Land A attraktive Autos (Attraktivität, Qualität, Preis der Produkte) in andere EU-Länder und erzielt damit LB-Überschüsse (= Kapitalbildung), so steigt der Kurs der Währung von A. Das verbilligt die Importe von A, mehrt also den Wohlstand der A-Bürger und führt automatisch zu einer Verteuerung ihrer Exporte, was den genannten LB-Überschuss in Zukunft verringert. Somit funktionieren die Prinzipien des Binnenmarktes ohne Einschränkung – aber nur in solchen Fällen von Volkswirtschaften mit eigener Währung. Denn sind Herkunfts- und Zielland solcher Exporte Euro-Mitglieder, gibt es keine Anpassung über Währungskurse mehr. Vielmehr befestigen sich errungene Wettbewerbsvorteile, wiederholen sich von Jahr zu Jahr, mehren sich sogar, und für die Automobilindustrien der Importländer wird es eng. Das ist die Situation von Deutschland in der Eurozone.

Also muss nach dem Selbstverständnis der EU Dirigismus her, damit nicht die im Wettbewerb unterlegenen Automobilindustrien „Schaden nehmen“, sich etwa kleinersetzen und am Ende schließen müssen. Das führt zwangsläufig dazu, dass die Regeln des Gemeinsamen Marktes für Deutschland nur noch nach Willkür gelten.

Weiter. Unsere Wirtschaftskraft hängt nicht vom Fortbestehen der Euro-Zone ab. Im Gegenteil. In der EU, wie sie vor dem Euro war, ging es uns besser als heute. Die Bonner Republik war in diesem Sinne erfolgreicher als jedes Deutschland vorher. Es befand sich unser Durchschnittseinkommen (kaufkraftmäßig) in der Welt-Spitzengruppe. Heute aber sind wir mit der Berliner Republik nur noch unter Nr. 19 zu finden. Aus Europa liegen vor uns Liechtenstein, Luxemburg, Norwegen, Island, Schweiz, Dänemark, Schweden, Irland, Holland, Belgien und Österreich – alles Länder, die sehr viel kleiner sind als wir und von denen übrigens sechs den Euro nicht haben.

„Das Parlament wird wesentlicher Teile seines Haushaltsrechts beraubt. Diese EU ist am Ende."

Und zu diesen rund 250 Milliarden Euro, die wir pro Jahr beim Eurosystem abliefern, sollen jetzt noch weitgehende Haftungen für Finanzschulden anderer kommen. Das ist weder im EU-Vertragswerk vorgesehen noch liegt es in deutschem Interesse. Denn Vollbeschäftigung erreicht eine Volkswirtschaft nur, wenn sie wettbewerbsfähig anbieten kann. Das aber können 11 der 17 Euro-Volkswirtschaften nicht, weil der Außenkurs des Euro für sie zu teuer ist. Also müssen sie raus aus dem Euro. Den Griechen ihre sämtlichen Schulden zu erlassen, brächte ihnen keine Heilung. Ihnen ein über Nacht funktionierendes Staatswesen zu schenken, brächte ihnen auch nichts. Nur der Austritt aus dem Euro macht sie angebots- und wettbewerbsfähig. Und von einer „freien Gesellschaft" kann man in der EU nicht mehr reden, wenn das nationale Parlament wesentlicher Teile seines Haushaltsrechts beraubt wird. Diese EU ist am Ende. ◆

Peter Gauweiler
BRIEFWECHSEL *drei*
Christian Ude

Die Griechen und der Euro, Olympia in München, politische Ambitionen – über diese und weitere Themen tauschen sich **Peter Gauweiler** und **Christian Ude** im vorliegenden dritten Band aus.

Der Briefwechsel zwischen dem Bundestagsabgeordneten und dem Oberbürgermeister ist mittlerweile zum gern gelesenen Klassiker geworden.

Seit Jahren schreiben sich diese außergewöhnlichen Politiker wöchentlich im Münchner Merkur.

Unterhaltsam und niveauvoll geht es in den vorliegenden 48 Briefen um die „geschmeidige Kanzlerin", „Staatsbeschiss in Irland", „Schneekanonen" und vieles mehr.

www.keyser-verlag.com
256 Seiten € 9,90 ISBN 978-3-86886-020-7

Wenn die Verfassungshüter die Parlamentarier vor sich selbst schützen

Der Deutsche Bundestag hat 620 Mitglieder. 618 von ihnen finden nichts dabei, sich selbst zu entmachten. Zwei Abgeordnete indes gehen nach Karlsruhe

Es ist ein Etappensieg auf dem Weg zu mehr parlamentarischer Kontrolle beim Umverteilen unserer Steuergelder in die Euro-Krisenstaaten. Gemeinsam hatten die beiden SPD-Abgeordneten Prof. Dr. Peter Danckert und Swen Schulz den Gang nach Karlsruhe gewagt – mit Erfolg. Das Bundesverfassungsgericht untersagte die geplante Selbstentmachtung des Parlaments im Eilverfahren.

PICTURE ALLIANCE/DPA/RALF STOCKHOFF

Die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Peter Danckert (links) und Swen Schulz und klagen gemeinsam vor dem Bundesverfassungsgericht, weil sie sich nicht von einem undurchsichtigen 9er-Gremium entmachten lassen wollen.

Die beiden Bundestagsabgeordneten hatten sich als einzige gegen den Entzug ihres Stimmrechts bei künftigen Entscheidungen gewehrt. Ein Vertrauensgremium aus Mitgliedern des Haushaltsausschusses sollte die Beteiligungsrechte des gesamten Bundestags wahrnehmen können. Dieses Gremium aus gerade mal 9 Personen würde anstelle der 620 gewählten Parlamentarier über die Verwendung deutscher Gelder bei eiligen Euro-Beschlüssen entscheiden (siehe Info-Kasten).

Nach Auffassung von Peter Danckert und Swen Schulz ließ sich der Deutsche Bundestag am 29. September bereitwillig entmachten: „Es muss der gesamte Bundestag oder zumindest der Haushaltsausschuss entscheiden. Ein solches Gremium kann nicht annähernd den Bundestag ersetzen und die Bürgerinnen und Bürger repräsentieren," schrieb Swen Schulz auf seiner Homepage und legte so vor seinen Wählern offen, warum er das Bundesverfassungsgericht anrufen würde.

Schulz ließ ein Gutachten über die Konformität dieser Gesetzesregelung beim wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages anfertigen. Das Gutachten bestätigte seine und Peter Danckerts Annahme, dass das Gremium verfassungswidrig sei. Das Bundesverfassungsgericht hat nun im Eilverfahren Entscheidungen dieses Kleinstgremiums bis zu seinem Urteil in der Hauptsache untersagt, das Anfang 2012 folgen soll. Wir sind gespannt.

Christina Oberstein

Wie beim Kegeln: Neun Köpfe sollt ihr sein

Als Mitglieder des neunköpfigen EFSF-Sonderparlaments, des so genannten 9er-Gremiums, waren die folgenden Abgeordneten des Deutschen Bundestages vorgesehen:

- Norbert **Barthle** (CDU/CSU)
- Bartholomäus **Kalb** (CDU/CSU)
- Michael **Stübgen** (CDU/CSU)
- Lothar **Binding** (SPD)
- Carsten **Schneider** (SPD)
- Otto **Fricke** (FDP)
- Michael **Link** (FDP)
- Priska **Hinz** (Bündnis 90/Die Grünen)
- Dietmar **Bartsch** (Die Linke)

Bis zum Entscheid im Hauptverfahren ist das EFSF-Sonderparlament außer Kraft gesetzt, ebenso die entsprechenden Passagen im EFSF-Stabilisierungsmechanismusgesetz.

Andere reden vom globalen Dorf.
Wir tun was dafür.
Schnelles Internet ist die Zukunft. Deshalb engagiert sich Vodafone für eine flächendeckende Breitbandversorgung. Damit ganz Deutschland Zugang zu High-Speed-Internet hat, global wettbewerbsfähig bleibt und im digitalen Zeitalter den Anschluss behält.
power to you

VARIO-IMAGES/BERND HEINZ

Rafael Seligmann ist ein deutsch-israelischer Schriftsteller, Publizist, Politologe und Zeithistoriker. Er lebt als freier Journalist, Talkshow-Moderator, Ghostwriter und Autor in Berlin.

Die Volksparteien müssen Verantwortung übernehmen

In etlichen EU-Ländern funktioniert Politik nur als Bestechung der Bürger. Dieses Modell ist ruinös. Gut, dass Ratingagenturen den Glauben an immerwährende Staatsbonität verloren haben

Von Rafael Seligmann

„Sie (die CSU) ist, wie alle anderen Parteien auch, von der Infektion befallen, die das allmähliche Sterben der Volksparteien auslösen könnte, oder bereits ausgelöst hat“. Man kann zu Karl-Theodor zu Guttenberg geteilter Meinung sein, doch der fränkische Freiherr ist unbestritten ein Meister der Kommunikation. Und seine Diagnose trifft den Nagel auf den Kopf.

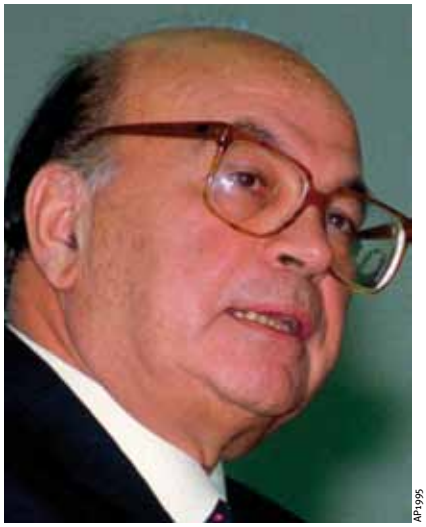
Es lässt sich nicht leugnen, dass die Volksparteien in den westlichen Demokratien und in Japan an Schwindsucht leiden. Erinnern Sie sich noch an die Democrazia Cristiana, die knapp fünf Jahrzehnte fast uneingeschränkt Italien regierte? Oder an Japans Liberaldemokraten, die länger als ein halbes Jahrhundert ein Monopol über Nippons Politik zu besitzen schienen?

Im Ursprungsland der Demokratie, in Griechenland, bestehen Sozialisten und Konservative fort. Nach jahrzehntelanger Misswirtschaft haben sie sich jüngst als unfähig erwiesen, das Land durch eine Regierung der nationalen Einheit zu stabilisieren. Stattdessen einigten sich die verfeindeten politischen Rivalen auf einen Minimalkompromiss der politischen Verantwortungslosigkeit: Sie stimmten der Berufung des Finanzfachmanns und früheren Vizechefs der Europäischen Zentralbank Papademos zum Regierungschef zu. Soll der Experte die heißen Kartoffeln aus dem Ofen holen, in den die Volksparteien sie warfen.

> *Die Ursache ist die Jahrzehnte währende Schuldenpolitik, mit deren Hilfe Politiker die Wähler „kauften“.*

Damit folgten die griechischen Sozialisten und Konservativen dem schlechten Exempel ihrer belgischen Kollegen. Den Politikern in Brüssel ist ihr Sprachenstreit wichtiger als das Wohl des Landes. Das amtierende Kabinett setzte schlicht die Kreditaufnahme früherer Regierungen fort, sodass der EU-Gründungsstaat Belgien heute kaum weniger verschuldet ist als Italien.

In Bella Italia wiederum scheiterte Silvio Berlusconis Populismus. Der Premierminister musste aufgrund der extensiven Verschuldung seines Landes ein Sparprogramm durch beide Kammern des Parlaments peitschen, ehe er – vorläufig – zurücktrat. Sein Nachfolger, wie könnte es anders



AP1995

REUTERS/STEFANO RELLANDINI

Silvio Berlusconi (rechts) hielt sich einst von der Politik zurück. Seine Interessen besorgte der sozialistische Parteichef Bettino Craxi (links). Als dessen Korruption entdeckt wurde, floh dieser nach Tunesien. Erst das Sterben von Sozialisten und Christdemokraten ermöglichte Berlusconi, sich als der Retter zu gebärden – ein Flop. Nun muss es Mario Monti richten.

sein?, ist wiederum ein politisch impotenter Experte, der einstige EU-Kommissar Mario Monti.

Es wäre allzu billig, die Schuld am Versagen der italienischen Politik allein dem Medienunternehmer und Exzentriker Silvio Berlusconi anzulasten. Der Mailänder Milliardär hielt sich zunächst von der Politik zurück. Seine Interessen besorgte derweil der sozialistische Parteichef Bettino Craxi. Als dessen Korruption entdeckt wurde und ihm Strafe drohte, floh dieser nach Tunesien. Das Lebenslicht seiner sozialistischen Partei verglomm.

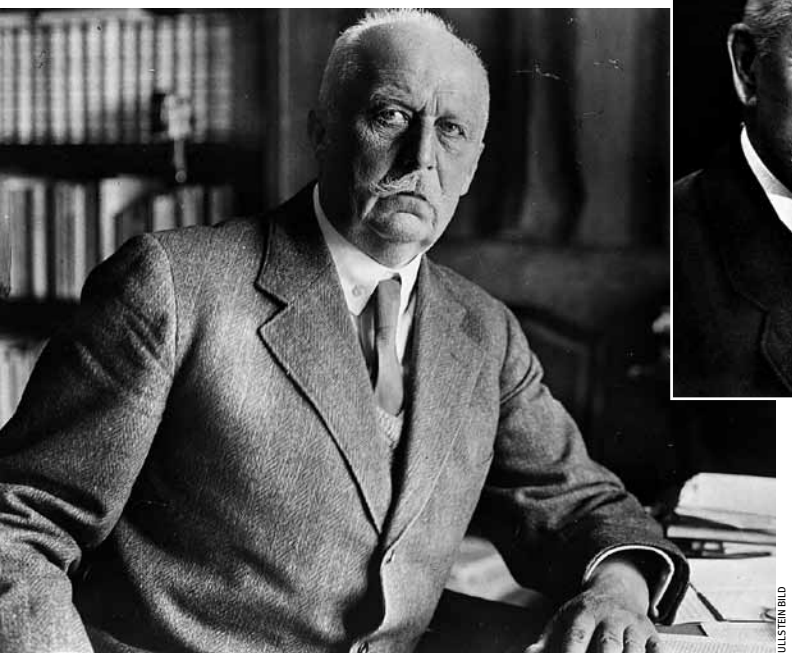
Erst das Sterben von Sozialisten und Christdemokraten ermöglichte Berlusconi, sich als der Retter des Bürgertums vor dem Kommunismus zu gebärden. Dabei wurde übersehen, dass selbst die Kommunisten bei ihren Wählern dermaßen unglaubwürdig geworden waren, dass die KPI gezwungen war, sich in ein breites demokratisches Bündnis zu flüchten, um politisch zu überleben.

So unterschiedlich die Bedingungen in den einzelnen Ländern sein mögen, die Ursache für den Sturz der demokratischen Parteien in die Bedeutungs- und Verantwortungslosigkeit in den erwähnten Staaten ist durchaus ähnlich. Sie haben ihre Wähler über Jahrzehnte mit finanziellen Wohltaten und Privilegien bestochen, um sich an der Macht zu halten und dabei sehenden Auges die nationalen Interessen, ja die Zukunft ihrer Länder ignoriert.

Wenn ein Unternehmen über längere Jahre ineffizient arbeitet, dies durch die Bestechung der eigenen Mitarbeiter und Kunden zu tarnen sucht, und dabei übermäßig Schulden produziert, ist ein Konkurs unausweichlich. Dessen Verschleppung ist strafbar. Bei Politikern, besonders in den erwähnten Ländern, verhält es sich anders. Da Mitglieder der EU, die Vereinigten Staaten oder Japan als vermeintlich unanfechtbar galten, und von den Rating-Agenturen dementsprechend mit höchster Bonität bewertet wurden, fanden sich immer wieder Gläubiger, die bereit waren, ihre Staatspapiere zu erwerben – für immer höhere Zinssätze, denn allmählich sprach sich doch eine gewisse Unsicherheit der Schuldner herum. Das ging so lange, bis die Rating-Agenturen den Schwindel nicht mehr mitmachten und Finanzspekulanten ein Geschäft witterten, in dem sie gegen die Währungen der betreffenden Staaten wetteten. Die Schuld daran den Risiko-Investoren und den Rating-Agenturen zu geben, zeugt von einer Logik, die dem Thermometer das Anzeigen des Fiebers verübelt. Das sind Symptome. Die Ursache ist die von den demokratischen Parteien verantwortete, Jahrzehnte währende Schuldenpolitik, mit deren Hilfe sie die Wähler „kauften“.

Als im Herbst 1918 der Erste Weltkrieg militärisch verloren ging, versuchte der deutsche General Ludendorff, die Schuld auf die Politiker abzuwälzen. Diese sollten „die Suppe auslöffeln, die sie eingebrockt haben“. So schufen Ludendorff und sein Meister Hindenburg die Dolchstoßlegende. Heute droht eine Umkehrung der Geschichte. Die Politiker haben vielfach versagt. Sie fliehen die Verantwortung und versuchen diese Fachleuten wie Monti, Papademos & Co. in die Schuhe zu schieben.

Deutschland ist weder Griechenland noch Italien. Doch wir sind mit diesen Ländern in der gleichen Währungsgemeinschaft verbunden. Ein Großteil der deutschen Exporte geht in die EU. Daher versucht Berlin, die gemeinsame Währung zu retten, ohne für alle Schulden gerade stehen zu müssen – denn dies würde selbst unsere Wirtschaftskraft übersteigen. Eurobonds und eine hemmungslose Geldvermehrung durch die EZB würden den Euro zur Weichwährung machen und damit die Ersparnisse der Deutschen entwerten.



ULLSTEIN BILD

BILWIS-EDITION

Als im Herbst 1918 der Erste Weltkrieg militärisch verloren ging, versuchte der deutsche General Ludendorff, die Schuld auf die Politiker abzuwälzen. So schufen er und sein Meister Hindenburg (rechts) die Dolchstoßlegende. Heute sind es Politiker, die für ihr Versagen „die Märkte“, „die Banken“ oder „die Ratingagenturen“ verantwortlich machen.

Auch in Deutschland leiden die Volksparteien an einem starken Schwund. Vor dreißig Jahren hatten die Unionsparteien und die SPD je rund eine Million Mitglieder. Heute knapp die Hälfte. Immer weniger Bürger nehmen an Wahlen teil. Der Aufstieg der Grünen, zuletzt der Piraten, zeigt die Verdrossenheit vieler Menschen mit den etablierten Parteien. Diese versuchen mit sozialen Geschenken die Wähler bei Laune zu halten. Etwa mit einem Erziehungsgeld, das zu einer negativen Struktur der Gesellschaft führen wird.

In den kommenden zwei Jahren wird mit Steuermehreinnahmen von 100 Milliarden Euro gerechnet. Zudem muss der Bund 55 Milliarden weniger Garantieleistungen für die schuldengeplagte HRE aufwenden. Fazit: Insgesamt stehen Bund und Ländern in den nächsten Jahren über 150 Milliarden mehr zur Verfügung als zunächst angenommen. Dennoch nimmt der Bund im kommenden Jahr wieder mehr als 20 Milliarden Neuschulden auf. Und dies, obgleich die deutsche Schuldenquote mehr als 80 Prozent des Bruttoinlandprodukts beträgt – erlaubt wären 60 Prozent.

Statt die unverhofften Steuermehreinnahmen zur Schuldentilgung zu nutzen, leiht man sich neue Gelder. Ziel ist die Beschwichtigung der Wähler. Doch die Bürger sind keineswegs dumm. Sie wissen, dass sie, spätestens ihre Kinder, von der sich immer höher auftürmenden Schuldenlast erdrückt zu werden drohen.

Griechenland, Italien & Co. sind warnende Beispiele für das Versagen der Politik. Noch haben die deutschen Volksparteien die Gelegenheit, unseren Staat weiter zu stabilisieren und ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Kommen sie dieser Aufgabe nicht nach, drohen sie tatsächlich, sich mit dem Virus der Verantwortungslosigkeit zu infizieren. ◆

Die aktuellen Parteipräferenzen im Bund

Die drei Regierungsparteien bei 38 Prozent

	CDU/CSU	FDP	SPD	Die Linke	Grüne	Piraten	Sonstige
							Alle Angaben in Prozent
Bundestagswahl*	33,8	14,6	23,0	11,9	10,7	–	6,0
Umfrage-Werte in Woche ...							
23. (6.6.-10.6.)	31	4	23	9	26	–	7
24. (13.6.-17.6.)	32	4	23	9	25	–	7
25. (20.6.-24.6.)	32	5	23	9	24	–	7
26. (27.6.-1.7.)	33	5	23	9	23	–	7
27. (4.7.-8.7.)	31	4	24	10	23	–	8
28. (11.7.-15.7.)	32	4	24	9	23	–	8
29. (18.7.-22.7.)	33	3	25	10	22	–	7
30. (25.7.-29.7.)	32	3	26	10	22	–	7
31. (1.8.-5.8.)	32	3	27	9	21	–	8
32. (8.8.-12.8.)	32	4	26	9	21	–	8
33. (15.8.-19.8.)	32	5	26	8	21	–	8
34. (22.8.-26.8.)	33	5	25	9	21	–	7
35. (29.8.-2.9.)	32	4	27	9	19	–	9
36. (5.9.-9.9.)	31	4	29	9	19	–	8
37. (12.9.-16.9.)	31	3	28	9	20	–	9
38. (19.9.-23.9.)	31	2	29	7	19	7	5
39. (26.9.-30.9.)	31	3	28	7	17	8	6
40. (4.10.-7.10.)	31	4	27	8	17	8	5
41. (10.10.-14.10.)	31	3	26	8	16	10	6
42. (17.10.-21.10.)	31	3	27	8	16	10	5
43. (24.10.-28.10.)	32	3	28	8	16	9	4
44. (31.10.-4.11.)	33	3	28	8	15	8	5
45. (7.11.-11.11.)	34	2	26	9	15	9	5
46. (14.11.-18.11.)	36	3	26	8	14	8	5
47. (21.11.-25.11.)	35	3	25	9	16	7	5
48. (28.11.-2.12.)	35	3	26	9	16	6	5

Quelle: forsa

Das forsa-Institut ermittelte diese Werte durch wöchentliche Befragung von in der Regel rund 2500 wahlwilligen Deutschen.

* Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl vom 27. September 2009 (Zweitstimmen)

Sammelkarten für Erwachsene: Erfolgsteam „Goldman Sachs“.

Die beste Personalvermittlung der Welt

Gute Banker kommen in den Himmel – die von Goldman Sachs kommen überall hin

Von Rainer Bieling

Leistungsträger, die 30 Millionen Euro oder auch nur 15 Millionen Euro Jahresgage kassieren, sind in Deutschland wohlgelitten, solange es sich um Solisten handelt und die erbrachte Leistung in der Hauptsache aus Beinarbeit besteht: Gas geben, bremsen; Ball stoppen, kicken. Die Zuneigung zu hochbezahlten Leistungsträgern sinkt rapide, sobald deren eigentlicher Leistungsort zwischen den Ohren sitzt und statt zweier Beine, sagen wir, dreißigtausend Mitarbeiter und siebzig Milliarden Umsatz zu bewegen hat. Heißen die Gagen dann noch Boni und wird damit eine Leistung honoriert, die im Wesentlichen in der Geldvermehrung aus dem Nichts besteht, kennt die Abneigung schnell keine Grenzen mehr.

Kommt die Rede auf „die Banker“, hat das für die Angesprochenen einen deutlichen Nachteil: Sie sind, anders als ihr Nebenbuhmann, „die Märkte“, personalisierbar, haben Namen, wie auch ihre Arbeitgeber, und sind ein leichtes Angriffsziel. Ein großer Name in der Finanzwelt ist New Yorks Investmentbank Goldman Sachs. Für gute Banker gilt, dass sie in den Himmel

kommen – die von Goldman Sachs kommen überall hin. Sie werden Finanzminister, Ministerpräsident, Firmenvorstand, Notenbankchef.

„Goldman Sachs sitzt am Tisch“, heißt es dieser Tage häufig, wenn Regierungen und Notenbank Rettungsschirme basteln. Wer so spricht, hat Italiens Ministerpräsidenten Mario Monti vor Augen, wie sein Vorvorgänger im Amt, Romano Prodi, ein Goldman-Sachs-Mann und den Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, auch er ein „Goldman“. Bei künftigen Verhandlungen wird sich zu ihnen Paul Achleitner gesellen, der am 31. Mai 2012 den Aufsichtsratsvorsitz der Deutschen Bank übernehmen wird. Er war 1999 beim Börsengang einer der 221 Partner von Goldman Sachs (Erlös 3,6 Milliarden Dollar). Goldman Sachs ist, ohne einem Mitbewerber wehzutun, die beste Personalvermittlung der Welt.

„Goldman Sachs sitzt am Tisch“, wenn Regierungen und Notenbank Rettungsschirme basteln.

Das gilt auch fürs Heimatland USA, dessen Deutschland-Botschafter Philip D. Murphy, by the way, ein „Goldman“ ist: In Washington wechselte Henry Paulson 2006 von der Spitze von Goldman Sachs an die Spitze des US-Finanzministeriums (bis 2009). Würde so ein Personaltransfer nur die Implantation finanzpolitischen Sachverstands bedeuten, wer könnte Einwände haben. Finanzminister Paulson aber traf sich 2008 mit seinen Goldmännern, um die bevorstehende Lehman-Pleite zu bekakeln, wie das Handelsblatt am 1. Dezember 2011 enthüllte. Das klingt nicht mehr nach Personalvermittlung, das riecht nach Seilschaft. ◆

Keine Geschenkidee?

10 EUR kostet ein CARE-Paket mit Kraftnahrung, mit dem Sie ein Kind einen Monat lang versorgen können, zum Beispiel in Ostafrika.

www.care.de/spendenshop

Schenken Sie ein gutes Gefühl …
… mit einem CARE-Paket für Kinder

Spendenkonto 4 40 40, Sparkasse KölnBonn, BLZ 370 501 98

care®
Die mit dem CARE-Paket.

PRIVAT

Dr. Joachim Riecker ist leitender Redakteur der in Potsdam erscheinenden *Märkischen Allgemeinen Zeitung* und schreibt für die *Neue Zürcher Zeitung*. Der Journalist und Historiker hat Sachbücher zum Nationalsozialismus und zur amerikanischen Außenpolitik geschrieben und lebt in Berlin. Das politische Geschehen in der Hauptstadt ist sein Heimspiel.

Auf Nummer Sicher gehen

Berlins Regierender Bürgermeister bleibt sich treu: nur keine Experimente. Mit einem neuen Koalitionspartner ändert er alles, damit es beim Alten bleibt

Von Joachim Riecker

Es war nur ein Witz, der Ende November auf den Fluren des Berliner Abgeordnetenhauses kursierte, aber er hatte einen ernsten Hintergrund. Katia Saalfrank, so hieß es, die gerade als „Super-Nanny“ bei RTL gekündigt hatte und SPD-Mitglied ist, solle neue Bildungssenatorin werden. Auch wenn das tatsächlich nur ein Scherz war, tat sich Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) sehr schwer damit, eine Chefin für das Bildungsressort zu finden. Nachdem er offenbar mehrere Absagen erhalten hatte, entschied er sich für die nahezu unbekannte SPD-Abgeordnete Sandra Scheeres. Bei ihren Fraktionskollegen stieß Wowereits Entscheidung auf ebenso viel Erstaunen wie bei Eltern, Lehrern und Wissenschaftlern in Berlin. Bisher hat die 41-jährige Erzieherin vor allem als Kita-Expertin auf sich aufmerksam gemacht. „Entscheidend ist, dass sie sich schnell einarbeitet“, kommentierte Jörg Steinbach, Präsident der TU Berlin, die Nachricht.

So sehen Sieger aus: Klaus Wowereit (SPD, links) und Frank Henkel (CDU) präsentieren strahlend ihren Koalitionsvertrag. Der alte und neue Regierende Bürgermeister und sein künftiger Stellvertreter werden Berlin geräuschlos regieren.

DAPD/MICHAEL GOTTSCHALK

Rund zweieinhalb Monate nach der Abgeordnetenhauswahl, bei der die SPD 28,3 und die CDU 23,4 Prozent erhalten hatten, einigten sich beide Parteien auf einen Koalitionsvertrag und ein Personaltableau. Die Verhandlungen, die Wowereits SPD nach der Wahl erst mit den Grünen (17,6 Prozent) geführt hatte, waren schnell gescheitert. Offiziell am Streit um die Verlängerung der Autobahn 100 – doch vermutlich war Wowereit die rot-grüne Mehrheit von nur einer Stimme im Parlament zu knapp. Nicht ohne Grund; denn mehrfach fehlten ihm bei der Wahl zum Regierenden Bürgermeister Stimmen aus dem eigenen Lager. 2006 erst zwei und dann eine von SPD und PDS, jetzt am 24. November 2011 mindestens zwei von SPD und CDU.

Wowereits neue Senatoren (von links oben nach rechts unten): Michael Müller, Dilek Kolat, Sandra Scheeres und Ulrich Nußbaum sind von der SPD nominiert; Frank Henkel, Michael Braun, Mario Czaja und Sybille von Obernitz kommen auf Vorschlag der CDU.

Vier Tage nach seiner Wiederwahl zum Regierenden Bürgermeister am 24. November stellte Wowereit zusammen mit CDU-Chef Frank Henkel die neue Regierungsmannschaft vor. Nicht nur bei der SPD, auch bei der Union gab es eine Überraschung: Neue Wirtschaftssenatorin wird die parteilose Sybille von Obernitz (49), bisher Abteilungsleiterin für Bildung beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag. Henkel brauchte für den Posten unbedingt eine Frau, da für die CDU sonst nur Männer in den Senat eingerückt wären. Nachdem Henkel – ähnlich wie Wowereit für das Bildungsressort – wohl ebenfalls mehrere Absagen erhalten hatte, wurde ihm von Obernitz empfohlen. Sie willigte ein, sehr zur Freude auch von Eric Schweitzer, dem einflussreichen Präsidenten der IHK Berlin. Schon früh war klar, dass Henkel selbst Innensenator werden wollte. Das Justizressort ging an den Rechtsanwalt Michael Braun. Er ist CDU-Chef in Steglitz-Zehlendorf, einer Hochburg der Union in Berlin, und schon seit vielen Jahren eine politische Größe der Stadt. Gesundheits- und Sozialsentor wird der erst 36 Jahre alte Mario Czaja, der im Ost-Bezirk Marzahn einige spektakuläre Wahlerfolge erzielte. Ost – West, Mann – Frau, Alt – Jung: Bei der Senatsbildung in Berlin spielen solche Kriterien immer eine Rolle.

Neben Wowereit ist der parteilose Finanzsenator Ulrich Nußbaum das einzige Regierungsmitglied, das von der im September abgewählten rot-roten in die rot-schwarze Koalition überwechselt. Er kam 2009 als Finanzsenator von Bremen nach Berlin und ist in der SPD umstritten. Doch Wowereit hält an ihm fest. Der SPD-Chef und bisherige Fraktionsvorsitzende Michael Müller übernimmt das Mega-Ressort für Stadtentwicklung, Wohnen, Verkehr und Umwelt. Er gilt als voraussichtlicher Nachfolger Wowereits und kann nun Verwaltungserfahrung sammeln.

Die in der Türkei geborene Wirtschaftsmathematikerin Dilek Kolat sollte nach dem Willen von Wowereit und Müller den SPD-Fraktionsvorsitz übernehmen. Doch sie widersetzte sich, bestand auf einem Posten in der Regierung und ist nun Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen. Es ist einer der wenigen Fälle, in denen sich Wowereit und Müller von ihrem Willen abbringen ließen. Denn ansonsten pflegen die beiden in der SPD einen recht autoritären Führungsstil. ◆

** Nach 11 Tagen im Amt trat Michael Braun wegen der Vorwürfe im Zusammenhang mit umstrittenen Immobilienverkäufen zurück.*

Ich bin ein *Berliner*

Die historienreiche Hauptstadt und das Hotel Adlon Kempinski faszinieren und interessieren... Werden Sie Teil einer einzigartigen Zeitreise und genießen Sie Berlin nicht nur von A bis Z – Erleben Sie auch das Gestern und Heute mit unserem “Ich bin ein Berliner”-Package...

Hotel Adlon Kempinski
BERLIN

Kempinski

reservation.adlon@kempinski.com • +49 30 2261 1111 • www.kempinski.com/berlinadlon

John F. Kennedy, Willy Brandt und Konrad Adenauer am Brandenburger Tor, Berlin, 26. Juni 1963 Credit: W[illegible] Bride
(das Originalbild ist zu sehen im Museum THE KENNEDYS)

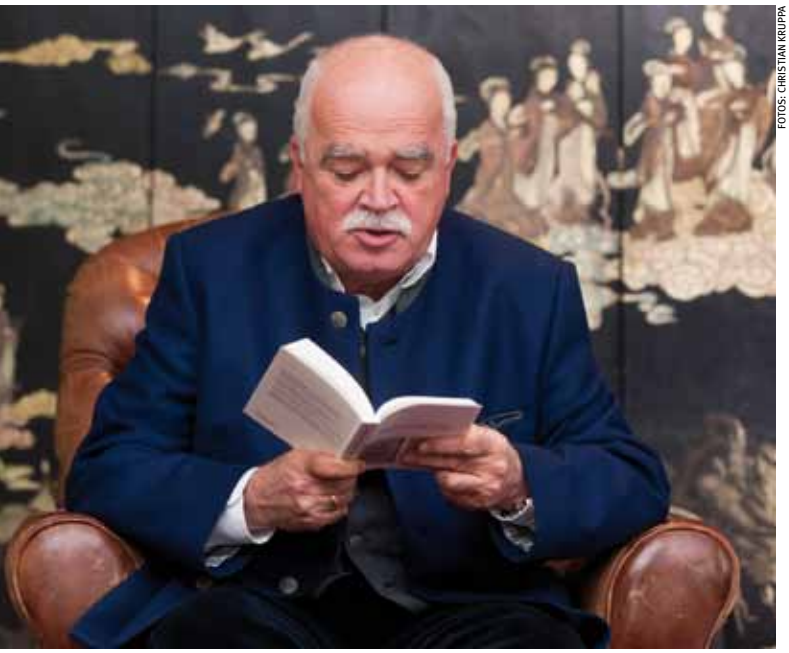
Zwei befreundete Rivalen

Christian Ude und Peter Gauweiler präsentieren ein Lehrstück in politischer Kultur und beweisen ihr politisches Urteilsvermögen

Über den Dächern Berlins trafen am 6. Dezember zwei politische Schwergewichte aus Bayern aufeinander: der CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Peter Gauweiler und der Münchner SPD-Oberbürgermeister Christian Ude.

Der Verleger des Keyser Verlags, Detlef Prinz, und Dirk Ippen, Verleger und Herausgeber des Münchner Merkur, hatten zur Vorstellung des neuen Bandes des „Briefwechsels“ von Gauweiler und Ude eingeladen. Es ist schon das dritte Buch, das den schriftlichen Austausch der beiden sammelt, den sie jede Woche vor aller Augen im Münchner Merkur führen.

Seit vier Jahren schreiben sie abwechselnd und kreuzen dabei die Klingen, dass es intellektuell nur so funkelt. Im edlen Ambiente des China Clubs stellten sich die beiden Politiker den Fragen des ARD-Journalisten Hans-Joachim Lorenz. Dabei bewiesen sie, dass zwei Meinungen zu haben und eine gute Meinung voneinander zu haben zusammengehen können.



FOTOS: CHRISTIAN KRUPPA

Der „Briefwechsel“ über das aktuelle politische Geschehen umfasst Themen, die weit über die bayrische Grenze hinausgehen und deutschlandweit Resonanz finden. In 48 Briefen, der letzte vom 24. November 2011, erörtern die beiden auch europäische Probleme und deren akutes Zentrum, die Finanz- und Staatsschuldenkrise. Ganz frischer Stoff also, der nachdenklich stimmt. *C.O.*

Info und Bestellung: www.keyser-verlag.com

Christian Ude (oben) und Peter Gauweiler lesen den Gästen je einen Brief ihrer Wahl vor. Gauweiler wählte sein Schreiben „Theo, wir fahrn nach Kreuth!“, Ude den Brief „Alter Rebell, wo geht’s hier zum Max-Weber-Platz?“

Spendengala für einen guten Zweck

Um der heimtückischen Krankheit ALS den Kampf anzusagen, organisieren Prominente aus Politik und Wirtschaft Hilfe

Beim Gründungsdinner der Initiative „Hilfe für ALS-kranke Menschen“ kamen unlängst 60 Persönlichkeiten in Berlin zusammen – um zu hören und zu helfen. Ins Leben gerufen hatte die Initiative der Vorstandsvorsitzenden der RWE AG, Dr. Jürgen Großmann; als Schirmherr unterstützt ihn beim Spendensammeln Altbundeskanzler Gerhard Schröder.

Die Krankheit ALS, Amyotrophe Lateralsklerose, ist selten und der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt – und bislang unheilbar. Von 8000 ALS-kranken Menschen in Deutschland werden rund 2000 das nächste Jahr nicht überleben. Etwa genau so viele werden erstmals ALS-Symptome an sich feststellen: Lähmung der Gliedmaße, Schluck- und Sprechstörungen, schließlich Beeinträchtigung und Versagen der Atemfunktion. Nach zwei bis fünf Jahren endet die Krankheit in der Regel tödlich.

Die Initiative „Hilfe für ALS-kranke Menschen“ sorgt für schnelle und nachhaltige Hilfe. Durch das Gründungsdinner sind Spenden in Höhe von 485 000 Euro auf das Konto der Initiative (siehe unten) eingegangen.

Mit den Spendengeldern wurde bereits das Internetportal www.ambulanzpartner.de finanziert, auf dem sich alle Hilfsmaßnahmen für ALS-Kranke koordinieren lassen. Jetzt wird für eine langfristige Verbesserung der Grundlagenforschung gesammelt. ◆

Weitere Informationen: www.als-hilfe.org

Helfen auch Sie!

Spendengelder gehen ohne Abzug direkt auf das eigens eingerichtete Konto der Berliner Charité. Wenn Sie beim Verwendungszweck zusätzlich Ihren Namen und Ihre Adresse eintragen, erhalten Sie eine Spendenbescheinigung:

Empfänger: Kasse der Charité
Kontonummer: 127 000 555 0
Bank: Berliner Sparkasse | BLZ: 100 500 00
Verwendungszweck: 89758004_ALS

Fragen zu den Spenden beantwortet Gabriele Frisch, Tel. 030 450 660 098, Email: gabriele.frisch@charite.de

FOTOS: CHRISTIAN KRUPPA

Spendengala im Schlosshotel im Grunewald: Am Pult der Vorstandsvorsitzende der RWE AG, Jürgen Großmann (oben), und der Schirmherr der ALS-Initiative, Altbundeskanzler Gerhard Schröder. Es kamen 485 000 Euro zusammen.

STIFTUNG FAMILIENUNTERNEHMEN

Beim Deutsch-Russischen Treffen der Familienunternehmen in Berlin Unter den Linden in der ersten Reihe (von links nach rechts): Wladimir M. Grinin (Botschafter der Russischen Föderation in Deutschland), Prof. Brun-Hagen Hennerkes (Vorstand der Stiftung Familienunternehmen), Sergej N. Katyrin (Russische Handelskammer), Georgi Petrov (Vizepräsident der Handels- und Industriekammer der Russischen Föderation), Nikolaus Knauf (Knauf Gips KG, Iphofen) und Stefan Heidbreder (Geschäftsführer der Stiftung Familienunternehmen).

Chancenreiches Russland

Unter den Linden treffen sich Familienunternehmer zum Deutsch-Russischen Wirtschaftsgipfel

„Deutsche Familienunternehmen sind präferierter Partner in der weiteren Entwicklung der russischen Wirtschaft“. Mit diesen Worten eröffnete Wladimir M. Grinin, Botschafter der Russischen Föderation in Deutschland, das erste „Deutsch-Russische Treffen der Familienunternehmen“ in Berlin. Im Mittelpunkt dieses Treffens standen die Chancen und Risiken für die Weiterentwicklung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen.

Die Stiftung Familienunternehmen hatte gemeinsam mit der russischen Handels- und Industriekammer und der Russischen Botschaft Unternehmer aus beiden Ländern am 25. November in die Russische Botschaft Unter den Linden eingeladen. Mehr als 200 Unternehmer folgten der Einladung und diskutierten in Arbeitsforen die Möglichkeiten der Unternehmensgründung in beiden Ländern und die Zusammenarbeit auf internationalen Märkten.

Die Stiftung Familienunternehmen nahm die Tagung zum Anlass, ihre Studie „Russland als Herausforderung für deutsche Familienunternehmen – Potentiale und Investitionsbedingungen in ausgewählten russischen Regionen“ zu vorzustellen. Eine wichtige Erkenntnis der Studie ist, dass es vor allem die lokalen Behörden sind, die entscheidend dazu beitragen, wie leicht oder schwer ein unternehmerisches Engagement in Russland fällt.

Das Ergebnis dieser Untersuchung wird Familienunternehmen künftig konkrete Orientierungshilfen geben, um so die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern nachhaltig zu vertiefen. Die gezielte Förderung ländlicher russischer Regionen als Standort bietet gerade für Deutschlands mittelständische Familienunternehmen ein großes Potential, das sie in Zukunft nutzen werden.

Das „Deutsch-Russische Treffen der Familienunternehmen“ wird in den nächsten Jahren wechselweise in Deutschland und in Russland stattfinden. *C. O.*

BELLES ETAGES
Jägerstraße 48

AM GENDARMENMARKT

WELTSTADTWOHNEN, NEU DEFINIERT.

IHRE EXKLUSIVE EIGENTUMSWOHNUNG
IN DER MITTE BERLINS.

ZIEHEN SIE EIN IN EIN STADTPALAIS DES 21. JAHRHUNDERTS. IN EIN APARTMENT, SO NOBEL WIE IHR GESCHMACK. IN EINE ADRESSE, SO BEVORZUGT WIE REPRÄSENTATIV. GENIESSEN SIE IHRE EIGENE BELLE EPOQUE.

INFORMATIONEN ERHALTEN SIE UNTER
030 - 88 09 43 33
WWW.BELLES-ETAGES.DE

GROTH GRUPPE

PRIVAT

Dr. Peter Funken ist Kunstjournalist, Ausstellungsmacher und Zeichner. Er lebt seit 1984 in Berlin, schreibt u. a. für *Kunstforum International* und die spanische Zeitschrift *ART ES* und kuratierte Ausstellungen wie *MaschinenMenschen, Flecken in Geschichte und Gegenwart, Faktor Arbeit* und *Hannah Arendt Denkraum*.

Ein Bilderbuch des Berliner Lebens

Die Malerei von Hans Baluschek im Bröhan-Museum – sehr berlinisch, sozial, demokratisch und am Ende als „entartet“ gebrandmarkt

Von Peter Funken

Für eine junge, an der modernen Kunst Frankreichs interessierte Künstlergeneration war es keine gute Zeit – im wilhelminischen Preußen stand anderes hoch im Kurs: Historienmalerei und gründerzeitlicher Pomp gefielen dem Monarchen und seinen Untertanen bedeutend besser als Impressionismus und Realismus aus dem Land des „welschen Erzfeindes“. Und so diffamierte Kaiser Wilhelm II. die modernen Maler Berlins als „Rinnsteinkünstler“. Einer von ihnen war Hans Baluschek. 1870 in Breslau geboren, lebte er seit 1900 als Maler, Grafiker und Schriftsteller in Berlin-Schöneberg.

Bereits 1895 hatte Baluschek seine erste Einzelausstellung in der renommierten „Galerie Gurlitt“ und wurde nur wenige Jahre später zu einem der führenden Köpfe der „Berliner Secession“, einer Künstlergruppe, die sich 1898 zusammengefunden hatte, um gegen die wilhelminische Kunst- und Kulturpolitik aufzubegehren. Typisch für Baluscheks Malerei waren damals ein neuer, unverbrauchter Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit in der Industriemetropole Berlin, die Darstellung der Lebenswelt „kleiner Leute“ und ein damit verbundenes soziales Engagement.

Die Ausstellung im Charlottenburger Bröhan-Museum würdigt Hans Baluscheks Werk mit einer Ausstellung, in deren Mittelpunkt sein Frühwerk steht. Es wird anhand von 40 beeindruckenden Werken vorgestellt und zeigt ihn als einen romantischen Realisten, der vom Großstadtleben zugleich fasziniert und abgestoßen ist. Seine Kunst besitzt eine große Spannbreite, sie reicht von sozialkritischen Themen über realistische Großstadtdarstellungen und Industriebilder bis hin zu fantasievollen Märchenillustrationen, beispielsweise für „Peterchens Mondfahrt“ von Gerd von Bassewitz, noch heute ein beliebtes Kinderbuch.

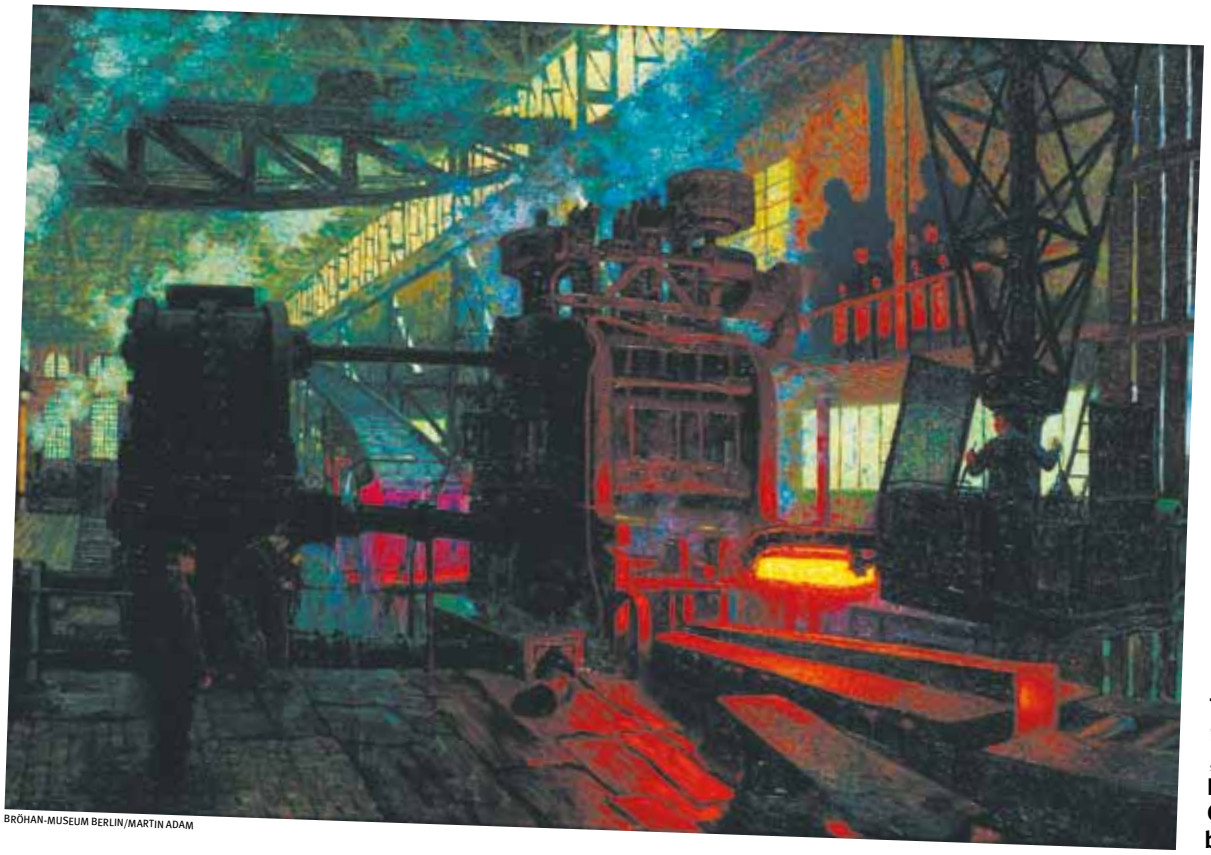
> *„Baluschek war kein radikaler, sondern ein einfühlend dokumentierender Künstler.“*

Wie kaum ein anderer Künstler erfasste Baluschek den Geist seiner Zeit, die sozialen Spannungen der Wilhelminischen Ära vor dem Ersten Weltkrieg, doch ist Baluschek kein radikaler Maler. Anders als die Expressionisten oder besonders die Dadaisten der Nachkriegszeit, suchte und fand er in der Metropole Berlin auch immer „das Glück im Winkel“, malte schwofende Bürger und Proletarier beim Tanzvergnügen oder beim sonntäglichen Ausflug ins Gartenlokal: „Hier können Familien Kaffee kochen“ heißt eines seiner Bilder. Es zeigt in einer karikaturhaften Momentaufnahme – doch mit Zuneigung – das kleinbürgerliche Milieu herausgeputzter Kaffeetanten.

BRÖHAN-MUSEUM BERLIN/MARTIN ADAM

Berliner Milieustudie von 1895: „Hier können Familien Kaffee kochen“.

Dass Baluschek kein radikaler, sondern ein einfühlend dokumentierender Künstler war, darf man ihm nicht vorwerfen. Er schildert eine Epoche, die noch nichts von den „Stahlgewittern“ des Ersten Weltkriegs und seinen Massengräbern in Verdun und Ypern weiß. Noch ist Frieden in Europa, und doch sind die sozialen Zustände in der Millionenstadt Berlin alles andere als beschaulich. In den lichtlosen Mietskasernen lebt man auf engstem Raum, die hygienischen Verhältnisse sind katastrophal, Kinderarbeit, Prostitution und Armut sind an der Tagesordnung.



BRÖHAN-MUSEUM BERLIN/MARTIN ADAM

Baluschek setzt die ästhetischen und philosophischen Positionen von der Milieubedingtheit des Menschen bildnerisch um. Mit optischer Präzision zeigt er Typen in fest gefügten, sozial eindeu-

Technikbegeisterung anno 1910: „Eisenwalzwerk Hahn’sche Werke – Großenbaum bei Duisburg“.

tig bestimmbaren Situationen. Die Modernität von Baluscheks Gemälden ist nicht nur in den Themen zu suchen, sondern auch in der Bildanlage. Schon früh setzt er radikale Anschnitte ein, die Figuren erscheinen immer wieder vom Bildrand begrenzt. Man gewinnt den Eindruck, dass er in seiner Malerei eine fotografische Bildregie entwickelt, und tatsächlich hat Baluschek auch nach Fotos gearbeitet, nur durfte dies niemand wissen. Das wäre für einen Maler um die Jahrhundertwende ungehörig gewesen.

STIFTUNG STADTMUSEUM BERLIN/CRISTEL LEHMANN

Ein „Montagmorgen“ im Jahr 1898: Hans Baluschek malt auch die, die am Rande stehen, mit Anteilnahme.

Baluschek faszinierten die technischen Neuerungen seiner Zeit und die Rasanz der großen Stadt. Gerne malt er Eisenbahnzüge, Bahnhöfe, Gleisanlagen oder in stark leuchtenden Farben ein großes Eisenwalzwerk in Duisburg – ein Motiv, das bereits Adolph von Menzel vor ihm entdeckt hatte.

Der Künstler Baluschek sah seine Zeit mit offenen und kritischen Augen. Sein 1917 entstandenes Aquarell „Zur Heimat“ zeigt, wie die Särge gefallener Soldaten in einen Militärzug verladen werden. Als Patriot meldet er sich 1916 freiwillig als Landsturmmann zum Kriegsdienst. Er ist damals bereits 46 Jahre alt und schildert das an der Westfront Erlebte realistisch und in aller Drastik. Der Krieg, der Untergang der Monarchie und der alten Gesellschaftsordnung erschüttern ihn zutiefst. Obwohl er die soziale Problematik im Kaiserreich erkannt hatte, hoffte er auf die Reformierung dieses Systems und schloss sich den revolutionären Bewegungen der ersten Nachkriegszeit deshalb nicht an.

1920, als die Sozialdemokratie ihre revolutionären Ziele aufgibt, tritt er der SPD bei. Baluschek engagiert sich für die erste deutsche Republik und wird in der „Weimarer Zeit“ ein geachteter, erfolgreicher Künstler, der Novellen schreibt und auf die Zukunftsutopie einer gerechten Arbeitswelt hofft. 1933 setzen ihn die Nazis als „marxistischen Künstler“ von seinen Ämtern ab und schließen ihn von allen Arbeitsmöglichkeiten aus. Von nun an gilt er als „entarteter Künstler“. 1935 stirbt Hans Baluschek.

Die von Ingeborg Becker hervorragend eingerichtete Ausstellung zeigt vor allem Arbeiten Baluscheks aus den Beständen des Bröhan-Museums und des Märkischen Museums. Mit „Bilderbuch des Berliner Lebens“ findet seit vielen Jahren wieder eine große Ausstellung zum Werk dieses fast vergessenen Künstlers statt. Die Wiederbegegnung mit seinem Werk vergegenwärtigt eine Vergangenheit, die weit weg ist und einem doch nahe geht. ◆

Bröhan-Museum – Landesmuseum für Jugendstil, Art Deco und Funktionalismus. Schlossstraße 1a, 14059 Berlin – gegenüber vom Schloss Charlottenburg.
Bis 15. April 2012 dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr.
www.broehan-museum.de

*0,14 €/Min. aus dem Festnetz, Mobilfunk max. 0,42 €/Min.

Christian Lohse & Hans-Peter Wodarz

PALAZZO

Europas erfolgreichstes Gourmet-Theater

Liebe Sinne, bitte anschnallen!

Neue Show

Neues Menü

Bis 4. März 2012 · Humboldthafen am Hauptbahnhof

Ticket-Hotline: 01805 - 388 883* · www.palazzo.org

Audi

ARCOTEL HOTELS

Lindner

Berliner Morgenpost DAS IST BERLIN

Wall

PRIVAT

Irena Nalepa ist in der Kunstvermittlung und im Kunsthandel tätig. Sie war von 1984 bis 2010 Galeristin in Berlin. Für den HAUPTSTADTBRIEF stakste sie über Paletten, streifte sich Sand von den Schuhen, trank einen Becher Wasser und ließ sich von den Künstlern erläutern, wozu das alles gut sein soll.

Ein Glas Wasser, bitte!

Wo kommt das Wasser her – wo geht es hin? Das Haus am Lützowplatz zeigt die raumübergreifende Installation „Transformation" der Künstlergruppe DAS NUMEN

Von Irena Nalepa

1. Station: Schaustelle in der Galerie

An der Eingangstür klebt ein Schild „Betreten auf eigene Gefahr". Das ist gut; denn in den Galerieräumen türmen sich in unterschiedlichen Anordnungen zirka 900 Holzpaletten, und somit ist Vorsicht bei der abenteuerlichen Palettenbesteigung geboten, zu der jede Begehung der Galerie wird.

In zwei Räumen sind massive Erdaufschüttungen installiert. Sie werden von einer an der

DAS NUMEN

1. Station: Schaustelle in der Galerie. Vorn ein Raum voller Holzpaletten, hinten massive Erdaufschüttungen aus märkischem Sand im hellen Licht.

Decke angebrachten Sprenkleranlage staubfein besprüht, die das Saatgutgemisch von Lupinen, Senfpflanzen, Klee, Kresse und einer besonderen Art von Austernpilzen zum Wachsen bringt.

Es tropft an mehreren Stellen von der Decke. Kein Zufall, sondern ein von den Künstlern in Intervallen gesteuertes Tropfsystem. Wasser sammelt sich mit monotonen Tropfgeräuschen in den schwarzen Bodenbecken und wird durch ein Wasserüberlauf-System in den Garten zurückgeführt.

2. Station: Baustelle im Garten

2. Station: Baustelle im Garten. Ein Bohrloch von dreieinhalb Metern Tiefe erschließt das Grundwasser.

Das Schlauchsystem aus der Galerie führt zu dem eigentlichen zentralen Ort der Installation. Zwei massive Erdaufschüttungen tun sich dem Betrachter auf – Aushub zweier Erdlöcher. In dem ersten Bohrloch, in knapp dreieinhalb Metern Tiefe, erfolgt eine Grundwasserentnahme über ein Pumpsystem. Das später recycelte Wasser aus der Galerieinstallation findet seinen Weg durch etliche Schläuche zurück in das zweite Bohrloch.

Nicht unerwähnt sei hier die notwendige umfangreiche Antragspoetik zur „Genehmigung einer Grundwasserentnahme und der vorschriftsgemäßen Rückführung des Wassers auf einem Privatgrundstück“. Die behördlichen Anträge und Genehmigungen sind unsichtbarer Bestandteil dieser Installation – verbunden mit der naheliegenden Frage: „Wem gehört eigentlich das Wasser?“

3. Station: Maschinenraum in der Studiogalerie

FOTOS: DAS NUMEN

3. Station: Maschinenraum in der Studiogalerie. Hier wird das Grundwasser aus dem Garten zu Trinkwasser aufbereitet.

Schon vor der Studiogalerie sind duale Schnorchelgeräusche in unterschiedlichen Tonlagen zu vernehmen, und beim Eintreten zeigt sich ein wahres Laboratorium. Ausgestattet ist diese Maschinenwelt mit Ansaugpumpen, Filteranlagen für Zyklon-, Sand-Sedimentationen, Umkehrosmose und Aktivkohlefilter, um nur einiges an technischen Gerätschaften zu erwähnen, die zur Aufbereitung in trinkbares Wasser benötigt werden.

Ein großbauchiger Plastikbehälter entlohnt nun den Besucher mit einem Glas Trinkwasser – und der Sichtbarmachung, woher das Wasser eigentlich kommt.

Das NUMEN

firmierte zuerst nur als Name des Künstlerquartetts und ist mittlerweile zum Bestandteil ihrer Arbeitsweise und der sich daraus ergebenden Projekte geworden.

DAS NUMEN meint hier die Kraft, die die Dinge vorantreibt, sie verändert und auch wieder ver-

DAS NUMEN

DAS NUMEN oder Die Kraft, die die Dinge vorantreibt. Hier ist es Saatgut, das durch Berieselung grün austreibt. Quod erat demonstrandum – was zu beweisen war.

schwinden lässt. Prozesshaftigkeit ist auch in der interdisziplinären und raumübergreifenden Installation „Transformation“ zu finden.

Das geförderte Grundwasser findet seinen Kreislauf durch die Kunstinstallation und wird – recycelt – in das zweite Bohrloch zurückgeführt. Die ausgeschachtete Erde kommt wieder in den Garten, die Holzpaletten gehen in alle Welt auf Dienstreise, und das Saatgutgemisch kann geerntet werden.

Dieses Ausstellungsprojekt ist wunderbar geeignet, das Zusammenwirken von Natur, Technik und Kunst in der Auseinandersetzung mit den Besuchern begehbar, hörbar, sichtbar – und trinkbar zu machen. Kunst kann zwar die Welt nicht verändern, aber diese Ausstellungsperformance ist ein gelungener Versuch, ein Umdenken und neue Sichtweisen zum gar nicht so selbstverständlichen Alltagsgut Wasser anzuregen. ◆

DAS NUMEN

Künstlerquartett mit Andreas Greiner, Julian Charrière, Felix Kiessling und Markus Hoffmann. Die Vier haben sich an der Universität der Künste (UdK Berlin) kennengelernt und arbeiten seit zwei Jahren zusammen. Sie studieren bei Prof. Olafur Eliasson, der 2006 einen Ruf an die UdK Berlin erhielt und ein „Institut für Raumexperimente“ mit nahezu 50 Mitarbeitern betreibt. Bisherige Projekte von DAS NUMEN:

H2O –Festival Über Lebenskunst,
Haus der Kulturen der Welt

Day Light, 401 contemporary, Berlin

Ursprung, HBC Berlin

Genf – Symposium

DAS NUMEN „Transformation“, bis 29. Januar 2012 dienstags bis sonntags 11 bis 18 Uhr im Haus am Lützowplatz, Lützowplatz 9, 10785 Berlin-Tiergarten. Am 28. Januar 2012 auch von 18 bis 02 Uhr (Lange Nacht der Museen).
www.hausamluetzowplatz-berlin.de

SCHLOSSHOTEL IM GRUNEWALD
AlmaBerlin

Tel +49 030 89 58 40
www.almahotels.com

EINE KRONE IST LEDIGLICH EIN HUT,
IN DEN ES HINEINREGNET *Friedrich der Große*

© bpk / Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg / Jörg P. Anders

***Friedrich der Große** (1712 – 1786)*
Visionär lenkte der legendäre Preußenkönig nicht nur seinen Staat, sondern auch seine KÖNIGLICHE PORZELLAN-MANUFAKTUR mit dem Anspruch, das großartigste Porzellan der Welt herzustellen. Ein glanzvolles Erbe, das bis heute und in Zukunft genussreiche Momente beschert. Zu seinem 300. Geburtstag möchten wir das mit Ihnen zelebrieren – am Originalstandort in Berlin: dem KPM QUARTIER.

Königliche
Porzellan-Manufaktur
Berlin

KPM QUARTIER

KPM WELT | MANUFAKTUR VERKAUFSGALERIE | MANUFAKTUR WERKSVERKAUF | KPM CAFÉ
WEGELYSTRASSE 1 10623 BERLIN AM S-BHF TIERGARTEN TEL. +49 (0)30 390 090 INFO@KPM-BERLIN.COM WWW.KPM-STORE.COM